

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Eringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Ansätze werden die 6spaltige Beilage mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120.

Dresden, Donnerstag den 28. Mai 1914.

25. Jahrg.

Der Papst hat in einer Ansprache erklärt, daß er die Zugehörigkeit zu interkonfessionell zusammengesetzten Vereinigungen zwar erlaube, daß aber die rein katholischen Organisationen zu bevorzugen seien.

Im Kieler Wertprozeß wurden mehrere Angeklagte zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

In Rußland ist ein mit deutschen Offizieren bekannter Flugzeug niedergegangen.

Die albanischen Aufständischen erhalten ständig Zuwachs.

In Mexiko wird Huertas Erholungsreise nach Europa vorbereitet.

## Hetzjagd der Herrenhäuser.

Wenn die preussischen Herrenhäuser beisammen sind, dann erfährt das Volk die ganze politische Wahrheit. Da haufen die geborenen Gesetzgeber, die statt deutscher Wähler ererbten Grundbesitz und Viehherden vertreten. Da ist die konservativ-bourgeoise Reaktion ganz unter sich. Da kommen Geminnung und Wollen der erlauchtesten und erlauchtesten Grafen, Freiherren und Herzöge unerbötlich zum Ausdruck. Und da müssen die Minister von Königs Gnaden die gottgemachte Abhängigkeit von den Junkerfamilien bekennen und in neuen Geländnissen bekräftigen.

Die preussischen Herrenhäuser hatten am Mittwoch so etwas wie eine Generaldebatte über den Etat. Sie sind nicht Freunde langer Reden, sie brauchen nicht Kenntnisse und Geistesaufwand, sie sagen kurz und bündig, was sie meinen und wollen. Und jede ihrer Reden ist eine trockene, prologische Kampfansage gegen jede fortschrittliche Entwicklung der Zeit, gegen Sozialpolitik, gegen Wahlrecht, gegen Arbeiterbewegung, gegen Sozialdemokratie.

Die preussischen Herren sind die ausgezeichnetesten Vertreter des Klassenkampfes. Sie offenbaren unüberwindlich das Klassenwesen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, den fanatischen Klassenhaß der herrschenden Oberschicht gegen das Streben des Volkes nach materiellem und kulturellem Aufstieg. Sie pauken dem schlichtesten, stillsten Staatsbürger, trefflicher als hundert sozialdemokratische Agitatoren es könnten, die Lehre von der Notwendigkeit des unerbittlichsten Kampfes bis aufs äußerste in Hirn und Herz.

Die Sozialdemokratie schuldet, wie so manches Mal schon, so auch in diesem Falle, den preussischen Herrenhäusern allen Dank. Die Sozialdemokratie kann sich ihre eigenen Flugblätter sparen, es gibt keine bessere sozialdemokratische Agitation als die Verbreitung der Kernworte aus der Herrenhäuserdebatte.

### Sitzung des Herrenhauses am 27. Mai.

Freiherr v. Rüdiger: Wir danken dem Kriegsminister, daß er kein Titelchen von der Kommandogewalt des Kaisers abhandeln läßt. Die Monarchie ist unser höchstes Ideal, an der wir mit Treue festhalten. Den neuen Ministern des Innern bitten wir, den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch zu führen. Wir danken ihm, daß er die Unterstellung, er sei ein Minister der Wahlreform, zurückgewiesen hat. Die Frage der Wahlreform muß aus der aktiven Politik ausgeschlossen werden. Wir wünschen, daß unsere bewährte Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten wird. (Beifall.)

Herrg. zu Trachenberg: Unser Etat ist glänzend, aber drohend erhebt sich das Gespenst der Vermögenssteuern. Ich bedaure, daß der Finanzminister nicht dagegen aufgetreten ist, und daß auch der Bundesrat so passiv blieb. Sehr zu beklagen ist es, daß demokratische Strömungen sich geltend machen und daß bürgerliche Parteien sich immer mehr faktisch mit der Sozialdemokratie verbinden. Die Zeiten sind vorbei, wo Eugen Richter ein Buch gegen die Sozialdemokratie schrieb. Die bürgerlichen Parteien hätten die Pflicht, gemeinsam die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Minister des Innern v. Loebell: Ich werde mein Amt so führen, wie ich es vor meinem königlichen Herrn, mir selbst und dem Lande verantworten kann. Von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Sozialpolitik bin ich überzeugt, aber die Kosten sind doch jetzt so hoch geworden, daß sie vielleicht an die Grenze der Leistungsfähigkeit herantreten. Vor allen Dingen wird es notwendig sein, eine Sozialpolitik zu treiben für den Mittelstand, der vielfach unter viel schwereren Bedingungen seine Existenz findet, wie der Arbeiterstand. Ich werde mich nach Möglichkeit des Mittelstandes annehmen. Der Nordmarkpolitik werde ich meine volle Aufmerksamkeit widmen. Wir haben das Recht, das Hausrecht im eigenen Lande zu wahren, und werden dies mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln tun. Ausländische Agitatoren werden in der Nordmark nicht gebildet werden. (Ordnung) Ich bin aufgefordert worden, den

Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen und mir den Schutz der Arbeitswilligen angelegen sein zu lassen. Ein

verschärfter Schutz der Arbeitswilligen ist eine Notwendigkeit. Aber gerade die Feststellung des Bezirks

„Terrorismus“ würde die größten Schwierigkeiten bereiten. Da ist es um so mehr unsere Pflicht, die bestehenden Befehle unerschütterlich zur Anwendung zu bringen und in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß bei Ausbruch von Streiks

### genügend Polizeikräfte

vorhanden sind. Deshalb wurde auch bereits in den großen Industriebezirken, z. B. in Essen, die kommunale Polizei in eine königliche umgewandelt. Unsere Maßregeln haben sich bei den großen Streiks im Ruhrkohlengebiet bewährt. Der Ort und der Kern des Unheils ist aber nicht in den Ausschreitungen bei Streiks zu suchen, sondern in der fortgesetzten Agitation, die in den Arbeitsstätten von den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern ausgeht. Dort muß vor allen Dingen von den Arbeitgebern darauf gehalten werden, daß der Terrorismus verhütet und ein wirksamer Schutz für die Arbeiter geschaffen wird. Je mehr die Gefahr der Sozialdemokratie wächst, um so mehr ist es Pflicht, daß sich alle Kreise der bürgerlichen Gesellschaft zusammenschließen, um den Kampf aufzunehmen. Dieser Kampf kann nicht nur geführt werden vom Staate, nicht allein durch Gesehe und durch die Polizei, sondern er muß getragen werden von dem Willen aller Kreise, die in unserem Staatswesen, unserer Monarchie und unserer Religion die höchsten Güter sehen. In diesem Kampfe werden wir siegen, weil unsere Sache gerecht, unsere Waffen rein und scharf sind und weil wir für ideale Kämpfer, die noch immer unserem Volke zum Siege verhelfen haben. (Lebhafter Beifall.)

Graf v. Merbach: Selbst in den Theatern, die unter königlicher Aufsicht stehen, werden Stücke gegeben, die eine Verhöhnung von Sitte und Anstand sind. Ich bitte den Minister, hier mit besserer Hand einzugreifen. Der Sozialdemokratie muß energisch entgegengetreten werden, sonst kommt sie der Erfüllung ihres Programms immer näher. Unsere sozialpolitischen und finanziellen Gesehe bekämpfen der Revolution! Ramentlich muß die Vermögenswachstumssteuer befestigt werden. An ihre Stelle muß eine zweckmäßige Reform der Matrilinearbeiträge treten. (Beifall.)

Freiherr v. Bismarck: Ich hoffe, daß die bürgerlichen Parteien weit abtrüben werden von der Sozialdemokratie, seitdem diese Partei dem Kaiser die gebührende Achtung im Reichstag verweigert hat. Die Sozialdemokratie hat dort nicht mit dem Kopfe demonstriert, sondern mit dem Gegenheil. (Heiterkeit.) Es ist eine Schande für das deutsche Volk, solche Vertreter im Reichstage zu haben. Am gefährlichsten ist

die sozialdemokratische Jugendpresse. Man begreift nicht, wie solche Blätter im Genusse der Pressefreiheit sein dürfen. Die Verbreitung dieser Blätter, namentlich auf dem Lande, müßte verhindert werden.

v. Bismarck: Die Grundursache der späten Erledigung des Etats liegt in der bedenklichen Entwicklung unseres Parlamentarismus. Die Parlamente werden mißbraucht, um Wahlreden zum Fenster hinauszuwerfen. Mit allen Mitteln versucht man, auf uns hier einzugreifen. Wir wurden in der Debatte über Beamtenfragen sogar Prügel angebracht. (Heiterkeit.) Bis jetzt habe ich sie zwar noch nicht bekommen, aber es ist doch bedauernd für unsere Zustände, daß so etwas passieren kann.

Freiherr v. Rheinbaben: Für die Förderung der Jugendpflege sollte mehr gethan werden. Wenn wir unsere Jugend vor der Sozialdemokratie schützen wollen, so müssen wir früh anfangen.

Graf v. Soden: Die wirtschaftlichen Verbände müssen im Gegensatz zu den Kampfbündeln, wie sie auch die christlichen Gewerkschaften darstellen, vom Staate besser unterstützt werden.

Handelsminister Dr. Sadow: Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung ist eine natürliche Entwicklung gegen die Auswüchse der Gewerkschaftsbewegung und ein Schutz gegen den von der Sozialdemokratie ausgeübten Koalitionswang. Die nationalen Vereine sollten sich nicht bekämpfen, sondern sich gemeinsam gegen die Sozialdemokratie wenden.

Nach Erledigung kleinerer Etats wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

## Der Polizeiminister v. Loebell.

Herr v. Loebell, der neue preussische Polizeiminister hat mit seiner Rede im Herrenhause so ziemlich alles übertrifft, was je von der preussischen Ministerbank an reaktionären Leistungen vollbracht wurde.

Auf die Neuerung des Herrn v. Rüdiger, die Frage der Wahlreform müsse aus der aktiven Politik ausgeschaltet werden, erwiderte Loebell mit demutsvollen Schweigen. Um so eifriger antwortete er auf die scharfmacherischen Forderungen nach mehr Kampf gegen die Sozialdemokratie und Schutz der Arbeitswilligen. Er sprach nicht vom Schutz der Arbeiter gegen den Terrorismus der Unternehmer. Er forderte vielmehr, als ob es dazu noch hegerischer Aufforderungen bedürfte, die Unternehmer auf, noch weit drunter gegen die freigeschafften Arbeiter vorzugehen.

Die Unternehmer sollen sich nach der seltsamen Meinung dieses Polizeiministers „bis her dem Kampf gegen die Sozialdemokratie ferngehalten haben“. Der Polizeiminister begreift nicht im entferntesten, daß die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter durch die Agitation unter ihren Kollegen nur ein staatsbürgerliches Recht ausüben. Innerhalb der gesetzlichen Schranken hat jeder preussische Staatsbürger das Recht der

Redefreiheit und der Vereinigung. Der Minister will den Arbeitern auch diesen letzten Rest bürgerlichen Rechtes nehmen, indem er den Kapitalismus dagegen mobil macht. Wie es in den preussischen Staatsbetrieben geschieht, wo jeder, der sich sozialdemokratischer Agitation verdächtig macht, erbarmungslos hinausfliegt, so soll es auch in den Privatbetrieben sein!

Kommt es aber irgendwo zu Maßregelungen und in-folge dessen zu Streiks, o, dann wissen die Unternehmer auf der Rede des Herrn v. Loebell, wie trefflich der preussische Staat für den Schutz ihrer Interessen gesorgt hat. Sind nicht im Ruhrstreik 1901 „zum Teil sehr empfindliche Strafen“ verhängt worden? Hat man nicht einen „bis in die Einzelheiten durchgearbeiteten Plan, um bei Ausbruch eines Streiks sofort in die gefährdeten Bezirke die nötigen Polizeikräfte zu werfen?“ Sofort! Man wartet nicht etwa erst ab, ob bei ruhigem Verlauf des Streiks die vorhandenen Polizeikräfte ausreichen, sondern man transportiert in die „gefährdeten Bezirke“ sofort landfremde Polizisten und schafft Konfliktstoff, wo sonst keiner vorhanden ist. Auch „durch terroristischen Betätigung der Streikposten“ sind „durch Polizeiverordnung gewisse Grenzen gesetzt.“ Die Unternehmer können also darüber ruhig sein, daß ihnen im Kampfe gegen die Organisation die Hilfe des preussischen Polizeiministers nicht fehlen wird.

Schluß mit jeder Sozialpolitik und Niederstümmelung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung — das ist das Programm des preussischen Polizeiministers im holden Bunde mit den junkerlich-großkapitalistischen Herrenhäusern. Wenn diese Ziele erreicht werden, dann hat die Reaktion noch einige kleine Wünsche: Ausnahmegeetze gegen die Presse, Reinigung der Theater — auch die königlichen sind schon verurteilt! — und vor allem Befestigung der Reichsbefestigung!

Die Reaktion wirft selbst die letzte Maske der Arbeiterfreundlichkeit und Unparteilichkeit von sich. Sie erleichtert uns unsere Aufgabe. Die Arbeiterschaft, das ganze wertvolle Volk sieht den Feind unverhüllt in all seiner gefährlichen Brutalität. Da gilt es den Kampf zu rufen mit dem Aufgebot aller Kräfte, nicht nur zur Abwehr — zum Vorstoß gegen den Feind!

## „Vaterland“.

Noch klingen uns die begeisterten Schilderungen in den Ohren, die die kostenlos beförderten und bewirteten Journalisten von den unergieblichen Schönheiten des neuen Riesendampfers der Hamburg-Amerika-Linie gegeben haben. Es fehlte ihnen beinahe an Worten, um die Herrlichkeiten dieses „Erzeugnisses deutschen Genies und deutschen Fleißes“ gebührend zu bejagen. Die Reklamefahrer waren einfach aus dem Häuschen und konnten ihrer Begeisterung auch in Hundstungstelegrammen an Wilhelm II. und Herrn Ballin nur unvollkommen Luft machen. Jetzt kommt aus New York eine etwas anders geartete Nachricht über den Dampfer Vaterland. Dem Berliner Tageblatt wird nämlich telegraphiert:

Der gestern abgefahrene Hohenzollern Vaterland hat achtzig verheiratete Stewards an Bord, die hier streifen und unter dem Neutitelparagraphen dem Hamburger Seemannsamt vorgeführt werden. Der Plan des Streiks wurde unmittelbar nach der Ankunft der Vaterland viel diskutiert. Die Leute verlangten bessere Behandlung und höhere Löhne. Die Unzufriedenheit unter den Stewards, Heizen und Köchinnen war allgemein, doch bequemten sich die Leute vorgestern abend — bis auf die verheirateten achtzig — sich schließlich zur Arbeitseinstellung bis zum Heimschiffen zu verpflichten. Die Hohenzollern Polizei hatte die ganze Nacht vor Abfahrt ein Deserteurs an Bord, die schließlich rapportieren mußten. Bei der Abfahrt waren fünfzig Polizisten zur Hand, um Streikende, falls sie das Schiff verlassen sollten, augenblicklich zu verhaften und der Einwanderungsbehörde zu überliefern. Kommodore Ruffer und sämtliche achtzehn Schiffsoffiziere sind für die Heimfahrt mit New Yorkern ausgerüstet worden. Die Schiffselbstung erklärt, der Streik wäre jetzt beigelegt, von anderer Seite wird jedoch das Gegenteil behauptet.

Das ist die Rehrseite der Medaille. Den Herrlichkeiten für die zahlenden Passagiere stehen Zustände gegenüber, die eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Angehörigen des Schiffes hervorgerufen. Wie war's, wenn die Lohndrücker der großen Schiffsfahrts-gesellschaften, anstatt auf Freifahrtkarte in der ersten Klasse zu fahren, sich einmal als Stewards oder Köchinnen für eine Reise nach New York anheuern ließen?

## Der Ludwig geht — das System bleibt.

Herr Dr. Ludwig, rechte Hand des Generals v. Liebert, Großwürdenträger des Reichsverbands, Kaufmann in Titel und Orden an groß — er ist den Enthüllungen des Genossen Liebknecht zum Opfer gefallen. Der Reichsverband teilt durch Rundschreiben den bürgerlichen Blättern mit, daß durch Vorstandsbeschluss vom 26. Mai der Verband seine Beziehungen zu Dr. Ludwig gelöst hat.

Die Nordd. Allg. Zeitung läßt ihre Leser über die Ursachen dieses Abschieds völlig im Dunkeln. Mit Behmut bemerkt das Blatt zu der Meldung nur: „Wider Herausgeb-

Umfeld au

SLUB



der Mitteilungen des Verbandes, war der Genannte von sozialdemokratischer Seite gewisser privater Betätigungsversuche halber angegriffen worden.

In seiner Rechtfertigung hat er behauptet, daß er „nur aus Gefälligkeit auf Wunsch eines mir bekannten Arztes Erfindungen eingezogen“ und dann „gutgläubig weitergegeben“ habe.

Der Reichsverband glaubt mit der raschen Abhaltung des Däumlings wieder kreditfähig zu werden. Gewiß kann keine Korporation und keine Sache für ein ihr ergebendes rüchiges Schaf — wenn die Natur der Sache rüchige Schafe nicht geradezu anlockt.

Die Unterjochung über die von Liebknecht ans Licht gebrachten Affären soll eifrig im Gange sein und die Tägliche Rundschau hält es scheinbar für ein Zeichen ganz besonderer Logik, daß die Ermittlungen des Staatsanwalts sich auch auf die Bindenaichen Verleumdungen gegen Wegablung zur Erlangung von Titeln behilflich zu sein, erfreuen.

Einer der Verräte, die hierbei in Frage kommen, ist bereits protokolllarisch vernommen worden. Der von Liebknecht gleichfalls beschuldigte Dr. Ludwig soll aus Gründen des ersten Staatsanwalts durch die öffentlichen Behörden vernommen werden.

Merkwürdig, wie schnell die Tägliche Rundschau über das Ergebnis der umfangreichen Ermittlung unterrichtet ist. Sie weiß schon jetzt, daß ein „System“ nicht vorhanden war.

Die Rechtlosigkeit der Ausländer.

Es ist bekannt, daß in Preußen-Deutschland Ausländer so gut wie vollkommen rechtlos sind. Es braucht nur die Nase eines solchen Unglücklichen irgend einem Polizeimeinenden nicht zu gefallen und flugs wird der Mann über die Grenze befördert.

Da die Polizei bedauerlicherweise keinerlei Verpflichtung hat, das „wieviel und wodurch lästig gemacht“, anzugeben, so ist das freilich die einfachste Art für sie, einen unbehaglichen Anläger kalt zu stellen.

Der Beschwerdeführer stellt dann die Behauptung auf, daß die in den Akten enthaltenen Angaben des Polizeimeinenden einer sachlichen Prüfung nicht standhalten können.

Die Behauptung soll der Polizeimeinend auf dem Rückwege des Amtsgerichts Berlin-Witte getan haben.

Wo ein Ausländer ist rechtlos, vollkommen rechtlos.

Er hat nicht die Möglichkeit, sein Recht, und mag es auch noch so gut sein, gegenüber den Behörden zu verfechten. Wagt er es, so ist er in Gefahr, ausgewiesen und so an der Wahrung seiner Rechte verhindert zu werden!

Die Sozialdemokratie hat wiederholt gefordert, daß in Deutschland ein Ausländerrecht geschaffen wird, das eines Kulturvolkes würdig ist.

Deutsches Reich.

Der Mißgriff der Kölner Polizei.

Einer Erklärung des Kölner Polizeipräsidenten, daß gegen den französischen Fabrikanten Clement Bayard zu verfahren worden sei, wie es der dringende Verdacht der Spionage erheische, tritt der Franzose in der Pariser Zeitung Le Petit Parisien entgegen.

Auf unseren Dolmetscher, Herrn Schwarzlopf, ist tatsächlich ein Druck ausgeübt worden, um ihn zum Reden zu bringen. Die Aussagen Schwarzlopf über diesen Punkt sind klar und formell, und wir haben nicht den geringsten Grund, sie ihm nicht zu glauben.

Es bleibt also schon dabei, daß die Kölner Polizei bei ihrem Vorgehen alle die Rücksichten außer acht gelassen hat, die selbst ein unter dem Verdacht der Spionage Stehender beanspruchen kann.

Ein Sieg der Christen.

Die Freunde christlicher Gewerkschaften haben mit Hilfe der preussischen Regierung einen Sieg errungen. An Stelle des verstorbenen Fürstbischöflichen von Breslau Dr. Köpp, der als eifriger Anhänger der Berliner Richtung auf die christlichen Gewerkschaften sehr schlecht zu sprechen war, ist der Bischof von Hildesheim Dr. Vertram, der als Freund und Förderer der christlichen Gewerkschaften bekannt ist, zum Fürstbischöflichen von Breslau gewählt worden.

Die Freude an dem in Breslau erzielten Erfolg dürfte allerdings den Leuten von der Kölner Richtung etwas getrübt worden sein. Denn gleichzeitig mit der Meldung der Wahl des Herrn Dr. Vertram kommt aus Rom die Nachricht von einer Rede des Papstes Pius, in der dieser seiner Abneigung gegen die christlichen Gewerkschaften deutlich Ausdruck gegeben hat.

Treffet Vorsorge, daß die Priester in nicht zu lebhaftem Verkehr mit Laien stehen, deren Glaubensstreue verdächtig ist, verhindert die Betrübe nicht nur der ganz schlechten Zeitungen, sondern auch derjenigen, die nicht die volle Billigung der Kirche haben.

Hier wird wieder von dem Oberhaupt der katholischen Kirche in sehr scharfer Weise erklärt, daß er Organisationen wie die christlichen Gewerkschaften zwar duldet, aber sie nur sehr ungern sieht.

Die Freunde der Bewegung. Rom, 28. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist die Lage in Durazzo äußerst besorgniserregend.

seiner Richtung, die wünschen, daß das Zentrum sich offen als eine ausgesprochene katholische Partei bekennt, nicht nur „Sänter und Luertreiber“, sondern die Verfechter von Anschauungen sind, die von dem „unfehlbaren“ Oberhaupt der katholischen Kirche in aller Öffentlichkeit für die allein richtigen erklärt wurden.

Das Bestehen des Fürsten Eulenburg

soll wieder einmal sehr ungünstig sein. Derartige Meldungen tauchen um diese Jahreszeit stets in den bürgerlichen Blättern auf, da bei den Befolgen des Justizgesetzes im Reichs- und Landtag gewöhnlich Anfragen über das Bestehen Eulenburgs gestellt werden.

Ausland.

Belgien.

Die Alexikale Niederlage.

Nach den offiziellen Feststellungen sind bei den Wahlen am 24. Mai gegen die liberale Regierung 295 683 liberale Stimmen, 401 294 sozialdemokratische, 29 220 liberal-sozialistisch kartellierte und 26 842 dachistische (dem.-christl.) zusammen 753 039 Stimmen abgegeben worden.

Im Jahre 1912 erhielt die Alexikale Partei in denselben Wahlkreisen 602 921 Stimmen; hat also 46 616 Stimmen verloren. Die Parteien der Opposition gewannen gegen 1912 im ganzen 58 886 Stimmen.

America.

Quarta erholungsbedürftig.

Der in Paris erscheinende New York Herald veröffentlicht die aufsehenerregende Meldung aus Veracruz, daß bereits alle Vertretungen getroffen werden, damit Präsident Quarta am 1. Juni einen sechsmonatigen Urlaub antreten kann.

China.

Der 70 Mitglieder des neuen Verwaltungsrates bekannt gibt, den die abgeänderte Verfassung vorsieht. Die Weisung ist schon unter der Mandschuynastie, teilte der Regierung in Peking, teilte als Gesandte ausdrücklich tätig gewesen.

Die albanischen Wirren.

Nach einer Meldung aus Durazzo verhandelt die internationale Kontrollkommission in Skanaja mit den Aufständischen. Der italienische Gesandte nahm in Schluß ein Schreiben der Rebellen entgegen, in welchem Forderungen enthalten sind.

1. Der Souverän Albanien möge den Religionen ungeteilt, der die Grundlage unseres Glaubens ist, haben. 2. Die Persönlichkeiten, welchen der Souverän die Regierungsgewalt übertragen hat, sind abzusetzen, da diese seit langem die Bevölkerung verfolgt haben und noch verfolgen.

Es ist sehr zweifelhaft, ob sich die rebellischen Bauernmassen über die Bedeutung der Forderungen klar, und es ist sicher, daß sie in ihrem Wollen und ihren Absichten vor allem nicht einig sind.

Die Frankfurter Zeitung läßt sich aus Konstantinopel melden, daß dort die Fürstentumlichkeit Büchelins als erledigt gilt und daß die Kandidatur eines muslimischen Prinzen bereits als sicher gilt.

Das Anwachsen der Bewegung.

Rom, 28. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist die Lage in Durazzo äußerst besorgniserregend. Den Aufständischen steht einflußlose Armee zur Verfügung, die zum Angriff auf die Hauptstadt bereit sind.

Durazzo, 27. Mai. Das türkische Palais wird jetzt von österreichisch-ungarischen und italienischen Partisanen besetzt. Die Verluste der Aufständischen in den letzten Kämpfen mit den Regierungstruppen sollen ziemlich bedeutend sein.

Die Regierungstruppen und die Freiwilligen zählen an etwa 1000 Mann und Verwandte. Unter den Toten befindet sich ein gewisser Rudolf Berger, angeblich aus Schlesien.

Die De...
sicherung...
1911 23...
21 659...
1356 au...
auf die...
Der Bil...
legung...
gemäße...
den real...
verschie...
De...
Zahl 13...
von 13...
Sauptst...
Bischoff...
denen sic...
konnten...
französi...
(von 17...
Ueberf...
Juwach...
Oriskran...
und die...
der Raff...
Mitglied...
den Ori...
1520 a...
von 4...
Witgted...
je 100...
arien im...
glieder...
Be...
so mach...
bedlicher...
bauer d...
26 Woch...
auf 642...
stieg ihr...
lassen di...
lassen sa...
rung un...
merklich...
die Neue...
Eti...
der Pra...
Rassen u...
stigung...
zent stie...
auf 21,4...
0,2 Proz...
An...
eine Ver...
bundener...
5 633 956...
um eine...
handelt...
glieder e...
845 begn...
beitslage...
Er...
Sterbef...
Rückgang...
0,75, 191...
indes die...
begriffen...
Die...
Erwerbs...
im Börs...
sank der...
lichen bl...
Tru...
und Kro...
lassen vo...
auf 36,4...
der Paul...
Behandl...
berufsch...
ausgeruf...
jurisdikt...
lung von...
auf 6,48...
Arznei u...
aber von...
für Helle...
Witz ob...
Heilbeha...
0,87 W...
geld laut...
gegen 15...
Jahre i...
anfallte...
W. ober...
rinnen-...
aber im...
sind also...
wirklich...
Ausgabe...
333 nar...
den die...
so böllig...
minimum...
flüchtig...
7...
kommis...
über die...
das nich...
Jagun...



### Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912\*

#### a) Die Krankenversicherung

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiterversicherung eine Reihe von Änderungen gebracht, die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse mit denen früherer Jahre wesentlich beeinflussen. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind die eingetragenen Hilfskassen und die Landesrechtlichen Hilfskassen ausgetrennt, da sie fortan, soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den Zwangskassen zugeführt sind, als keine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit der Privatversicherung zugerechnet werden.

Durch diesen Ausfall der Hilfskassen aus der Statistik hat sich die Gesamtzahl der Kassen stark vermindert. Während 1911 23 109 Kassen gezählt wurden, bestanden 1912 nur 21 659, ihre Zahl ging also um 1450 zurück. Davon kommen 1356 auf die früheren Hilfskassen und der Rest verteilt sich auf die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen. Der Rückgang derselben wurde veranlaßt durch Zusammenlegung kleinerer Kassen zu größeren Gebilden. Nur die leistungsfähigen Zwangskassen blieben von dieser zeitgemäßen Konzentrationsbewegung verschont. Ein Zeichen für den reaktionären Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung beherrscht.

Der Rückgang der Kassen ist nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Kassenmitglieder geblieben; diese ist um 401 343, von 13 619 048 auf 13 217 705 gesunken. Auch hier trägt den Hauptteil der Schuld an dem Verlust das Ausschleiden der Hilfskassen, die allein 987 266 Mitglieder zählten und von denen sicherlich nicht alle den Zwangskassen zugeführt werden konnten. Von den einzelnen Kassenarten haben nur die Baukrankenkassen eine Verminderung der Mitgliederzahl erfahren (von 17 056 auf 13 103), während die übrigen, insofern der Ueberführung eines Teils der Hilfskassenmitglieder, einigen Zuwachs erzielten, so die Gemeindeversicherung 24 907, die Ortskrankenkassen 340 128, die Betriebskrankenkassen 272 750 und die Zwangskrankenkassen 25 091. Die Zusammenlegung der Kassen hat eine geringe Erhöhung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 589 auf 610 im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrankenkassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1602 und bei den Betriebskrankenkassen von 428 auf 455. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fortgesetzt im Wachstums begriffen. Auf je 100 männliche Mitglieder kommen bei allen Kassenarten im Jahre 1911: 39,2, 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krankenkassen nach ihren Leistungen, so macht sich durch die Ausschaltung der Hilfskassen ein erheblicher Rückgang der jagungsgemäßen Unterstützungsdauer bemerkbar. Die Zahl der Kassen, die länger als 26 Wochen Krankenunterstützung gewähren, ist von 760 (1911) auf 642 (1912) zurückgegangen. Bei den Ortskrankenkassen stieg ihre Zahl von 123 auf 132, bei den Betriebskrankenkassen blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Zwangskrankenkassen sank sie von 501 auf 496, während die Gemeindeversicherung und die Baukrankenkassen nicht länger als 26 Wochen unterstützen. Zur Erhöhung der Kassenleistungen hat also die Neuordnung wenig beigetragen.

Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hinsichtlich der Krankengeldhöhe, die im Jahre 1911 12,5 Prozent aller Kassenwähler als 50 Prozent des Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912 dagegen dieser Anteil auf 12,8 Prozent stieg. Bei den Betriebskrankenkassen stieg dieser Anteil auf 21,4 Prozent, bei der Gemeindeversicherung ging er auf 0,2 Prozent zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederzahlen hat sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle eingestellt, die von 5 772 388 auf 5 633 956, also um rund 138 432 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine wirkliche Verminderung der Erkrankungsgefahr handelt, beweisen die Verhältnisziffern, denn auf 100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,6 Erkrankungsfälle und 845 bzw. 849 Krankentage. Die Gesamtzahl der Krankentage beträgt 112 249 064 (1911 115 128 905).

Erdheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Sterbefälle (1911 88 827, 1912 82 894), und zwar ist hier der Rückgang auch ein relativer, da auf je 100 Mitglieder 1911 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbefälle entfielen. Hierbei sind indes die Sterbefälle in der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese letztere keine Sterbeunterstützung gewährt. Die Durchschnittsdauer eines Erkrankungsfalles mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig verändert; sie betrug wie im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männlichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf 18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage stehen.

Trotz des absoluten Rückganges der Erkrankungsfälle und Krankentage sind die Gesamtausgaben der Krankenkassen von 469 087 205 M. auf 481 392 169 M. oder von 34,44 auf 36,42 M. pro Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Hauptsache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel und Heilanstaltskosten verursacht, die um 5,6 Millionen Mark stiegen, während die Ausgaben für Krankengeld sogar um 2,2 Millionen Mark zurückgingen. So stiegen die Kosten der ärztlichen Behandlung von 83 754 224 M. auf 85 633 295 M. oder von 6,15 M. auf 6,48 M. pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei und Heilmittel von 53 171 234 M. auf 54 706 040 M. oder von 3,90 M. auf 4,14 M. pro Mitglied und die Ausgaben für Heilanstaltsverpflegung von 51 357 861 M. auf 53 553 500 M. oder von 3,77 M. auf 4,05 M. pro Mitglied. Für diese Heilbehandlung mußten die Krankenkassen pro Mitglied 0,87 M. mehr aufwenden als im Vorjahre. Für Krankengeld wurden dagegen 150 398 441 M. (11,38 M. pro Mitglied) gegen 153 582 976 M. im Jahre 1911 verausgabt. Seit dem Jahre 1885 sind die Ausgaben für Arzt, Arzneien, Heilanstalts- und Heilanstaltsverpflegung von 4,77 M. auf 14,70 M. oder um 208 Prozent, die Ausgaben für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung von 8,22 M. auf 12,53 M. oder um 101 Prozent gestiegen. Die Ärzte und Apotheker sind also bei dieser Entwicklung der Arbeiterversicherung nicht zu kurz gekommen, denn schon übersteigen die Ausgaben für Heilbehandlung diejenigen für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbegeld ganz erheblich, und das werden die Krankenkassen in der Sorge für Ärzte und Apotheker so baldig aufgeben, daß für das wirtschaftliche Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar bleiben. Dann wird man mit größerem Nachdruck

darauf hinweisen müssen, daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist. Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung erstrecken sich erst auf das Jahr 1911. Es bestanden 159 (im Vorjahre 166) Kassen mit 899 716 (885 598) Mitgliedern. Es wurden 535 621 Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug und 9 243 556 Krankentagen gemeldet, so daß auf jedes Mitglied durchschnittlich 0,6 Krankheitsfälle mit 10,3 Krankentagen entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgabten für Krankheitskosten 38 028 230 M. (pro Kopf 42,26 M.), wovon 5 375 688 Mark für ärztliche Behandlung und 4 356 061 M. für Heilmittel (zusammen 10,81 M. für Heilbehandlung pro Mitglied) und 18 315 109 M. für Krankengelder (pro Mitglied 20,36 M.) verausgabten.

Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen sich auf 43,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 40,0 Millionen Mark, die Vermögensbestände auf 25,26 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Deutschen Reich betrug etwa 14,1 Millionen.

### Verbandstag der Holzarbeiter.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Vorstandsmitglied Reumann (Berlin) hebt in seiner Erörterung hervor, daß es Dammmer nicht gelungen sei, auch nur etwas in der Richtung des Vorstands über die Werftarbeiterbewegung als unwahr oder unrichtig hinzustellen. Der Verband müsse bei der Werftarbeiterbewegung damit rechnen, daß die Holzarbeiter nur eine kleine Minderheit auf der Werk sind. Bei einer Ausperrung in Hausgewerbe kommen auch zahlreiche Mitglieder von uns in Betracht. Da wird aber von unseren Kollegen nicht viel Aufhebens gemacht. Wir verlangen von den Bauarbeitern nicht den Einsatz auf die Bewegung, wie ihn die Werftarbeiter verlangen. Von einer Verschleppung der Werftarbeiterbewegung durch die Vorstände kann nicht geredet werden. Die Vorstände standen auf dem Standpunkt, daß die Werftarbeiter zunächst zu Worte kommen müßten. Wenn dieser Weg erschöpft sei, dann erst sollte die Reihe an den Vorständen sein. Wie kann man nun den Vorständen daraus einen Vorwurf machen? Als die Verhandlungen mit den Werftarbeitern gefestigt waren, beschloßen die Vorstände, vor die Front zu treten. Was waren sie den Kollegen schuldig; sie taten es nicht, um die Sache zu verschleppen, sondern um den Unternehmern zu zeigen, daß die gesamten Organisations hinter den Werftarbeitern standen. Die Vertrauensleute waren damit einverstanden, daß die Vorstände sich an die Unternehmer wandten. Diesen wurde drei Tage Bedenkzeit gelassen. Vor Ablauf dieser Zeit liefen die Werftarbeiter in Hamburg die Arbeit nieder. Wir boten den Unternehmern Verhandlungen an, und die Kollegen verzweifelten und ließen aus der Arbeit. Die Unternehmer nützten diesen Widerspruch zwischen Führern und Arbeitern natürlich aus. Der Reich war mit seiner Erklärung zu flüchten. Wir mußten die Arbeiterbewegung als Disziplinbruch bezeichnen und den anderen Kollegen sagen, macht es nicht nach. Dies mag aber nichts, die Arbeiterbewegung wurde allgemein. Da mußten wir uns fragen, welcher Schaden wird der ganzen Gewerkschaftsbewegung durch solche Vorkommnisse zuzurechnen? Wir haben eingehend geprüft, wie das Unglück abgemindert werden konnte. Die Vorstände kamen aber einhellig zu dem Standpunkt, daß es einen anderen Ausweg nicht gibt. Der Streik konnte nicht funktionieren. Die Vorstände taten, was sie der gesamten Gewerkschaftsbewegung schuldig waren. Sie hielten nun mit ihren Kollegen Verhandlungen ab. Unsere Kollegen verlangten von uns, wir sollten die Haltung der übrigen Vorstände nicht mitmachen und den Streik aufheben. Das haben wir abgelehnt. Gätten wir es getan, dann hätten wir viel verloren. Wäre es im Interesse unserer Kollegen gewesen, wenn wir allein vorgegangen wären? Nein, von einer Anerkennung des Streiks konnte auch bei uns keine Rede sein. Gätten wir sollen anders handeln, hätten wir den Kampf gegen die Unternehmer, gegen die anderen Verbände allein aufnehmen sollen? Was wäre erreicht worden? Das Unternehmertum hätte uns an die Wand gedrückt.

Das konnten selbst die Werftarbeiter nicht verlangen. Die Kollegen bekamen ihre Unterstützung, aber grundsätzlich helfen wir an dem Standpunkt der Vorstände fest. Dem Beschluß der Metallarbeitergeneralversammlung traten alle übrigen Verbände bei. Was wollten wir tun? Wir berieten die Kollegen zu einer Konferenz zusammen. Und sie erklärten uns, daß von einer Arbeitsaufnahme durch die Holzarbeiter keine Rede sein könne. Auf alle Fälle dürfte der Unternehmensnachweis nicht anerkannt werden. Wir erklärten, daß wir auch jetzt die gleiche Haltung bewahren müssen, wie die übrigen Organisationen. Wir konnten keine Konzeptionen machen und uns in Widerspruch mit den anderen Organisationen setzen. Wenn jemals eine konsequente Haltung des Vorstandes nötig war, dann da. Wären wir umgekippt, dann hätten die Damburger erst recht beschloßen, daß sie uns nicht mehr als ihre Führer ansehen können. Niemand konnte ernstlich verlangen, daß wir in diesem Augenblick den Arbeitsnachweis aufzunehmen. Unsere Kollegen haben sich sehr bald von der Richtigkeit des Standpunktes des Vorstandes überzeugt. Mehrere Orte beschloßen, mit den übrigen Werftarbeitern gemeinsam zu handeln. Die Hamburger beschloßen natürlich das Gegenteil von dem was der Vorstand empfahl, sie wollten die Arbeit nicht durch den Arbeitsnachweis aufnehmen. Die Unternehmer griffen das sofort auf und erklärten, sie stehen sich diese Haltung der Holzarbeiter nicht gefallen. Die Holzarbeiter waren nun die Schuldigen. Da sagt man uns, der Vorstand habe das Statut verletzt. Diesem Vorwurf stellt jede Beweismittel. Die Mehrheit der Werftarbeiter hätte beschloßen, die Arbeit wieder aufzunehmen, die Damburger, Bremer und Bremerhamburger Kollegen fügten sich aber nicht, sie streikten weiter. Wir mußten die Verantwortung dafür abgeben. Was heißt übrig, von all den Vorwürfen, daß wir nicht aus der Reihe tanzten? Die Mitglieder im Metallarbeiterverband wollten durch die Holzarbeiter den Beschluß ihrer Generalversammlung durchkreuzen. Unsere Kollegen verlangten von uns, daß wir dies mitmachten, wir sind aber festgeblieben. Gätten wir uns in dies Schlepplau der Stimmungen nehmen lassen, wir hätten heute schlechter da. Gewiß, es sind Fehler gemacht worden. Man hätte den Werftarbeitern die Führung des Kampfes nicht geben sollen. Wir geben auch zu, daß die Erklärung der Vorstände auch besser unterblieben wäre. Die grundsätzliche Haltung hätte aber nicht anders sein können. Und nun entscheiden Sie, ob der Vorstand verdient, so verdammt zu werden, wie Dammmer es verlangt hat. (Beifall.)

Die Verhandlungen wurden nun vertagt. Der Verbandstag macht heute nachmittag einen Ausflug.

### Aus aller Welt.

#### Durchstechereien im Kieler Gefängnis.

Bei dem großen Kieler Wertprozess im Jahre 1909, der zur Freisprechung sämtlicher Angeklagten führte, waren in der Voruntersuchung wichtige Aktenstücke verschwinden, auch hatten es die Angeklagten verstanden, sich durch Briefe und Versprechungen gegenständig zu verständigen. Diese Vorkommnisse führten zu einer Untersuchung und im März 1914 erfolgte schließlich die Verhaftung mehrerer Personen, hauptsächlich früherer Gefängnisbeamten.

Am Dienstag den 26. und Mittwoch den 27. Mai hatten sich nun acht Personen wegen dieser Durchstechereien vor der Kieler Strafkammer zu verantworten. Es waren angeklagt der frühere Oberaufseher des Kieler Gefängnisses Deistermann, der Gerichtsdienster Roloff, der frühere Gefängniswärter Wöhrer, der frühere Hilfsaufseher Grießler, der Hauptaufseher im großen Wertprozess, der Kaufmann Frankenthal, seine Tochter Frau Doktor der Medizin, der Diplomingenieur Heinrich, Sohn des

aus dem Wertprozess bekannten Rechnungsrates Heinrich, der Kaufmann Neugebauer aus Dambura, wegen Frankenthal und Roloff schwebt noch ein Prozess wegen Diebstahls von Akten, der an einem andern Tage verhandelt werden soll. Aus der Beweisnahme geht hervor, daß Frankenthal sich gegenüber den Beamten als sehr reicher Mann ausgeben hat, der 2 Millionen Mark auf der Bank in London liegen habe, und die Beamten für ihre Dienste reich entschädigen werde. Der Oberaufseher Deistermann hat während der Voruntersuchung zum Wertprozess nach jeder Verhaftung eines weiteren Beschuldigten diesem Preise des zuerst verhafteten Kaufmanns Frankenthal übermitteln, und auch veranlaßt, daß Frankenthal die Verhafteten ungehindert sprechen konnte. Dem damals mitangeklagten Kaufmann Jacobson sen. brachte er einen Schlüssel, der angeblich zu dem Schranke paßte, aus dem ein Teil der Akten entnommen werden sollte. Von Frankenthal hat Deistermann für seine Dienste 2000 M. und eine goldene Uhr erhalten. Auch der damals mitangeklagte Magazinverwalter Ehrhardt hat Deistermann 2000 M. versprochen, das Versprechen aber nicht eingelöst. Die Söhne des Rechnungsrates Heinrich gaben dem Deistermann ungefähr aller sechs Wochen ein Zwanzigmarkstück und noch dem Prozess noch 300 M. Der Kaufmann Traebel, der auch im Wertprozess verurteilt war, gab Deistermann 300 M. Die Tochter Frankenthals gab Heistermann einmal 100 M., dafür sollte er dem Dienstmädchen des Staatsanwalts einen Schloffer als Brautgum besorgen, der dann die Prozessakten aus der Wohnung des Staatsanwalts stehlen sollte. Deistermann hat aber in dieser Sache nichts unternommen. Roloff hat für seine Dienste 2000 M. von Frankenthal erhalten. Grießler und Wöhrer haben für seine Zuwendungen den Briefwechsel zwischen den Verhafteten vermittelt und die Verhafteten öfter zusammengeführt. Ein als Zeuge vernommener Kaufmann Hirsch will Briefe der Verhafteten aus dem Gefängnis an in Hamburg wohnende, in der Wertaffäre verurteilte Personen überbracht haben und dafür 1500 bis 1600 M. erhalten haben.

Sehr bemerkenswert war die Aussage des Kaufmanns Frankenthal, daß die Freisprechung der Angeklagten im großen Wertprozess auch ohne diese Nachschichten hätte erfolgen müssen, denn die Angeklagten hätten damals nichts anderes getan, als sich die Unfähigkeit der Verifizierung zuzumane gemacht. Wenn alle Personen, die das selbe machten, ins Gefängnis kämen, hätte Kiel nicht Gefängnisse genug.

#### Das Urteil im Kieler Wertprozess.

Kiel, 28. Mai. Im Versteckungsprozess, der sich im Anschluß an den früheren Wertprozess entwickelt hatte, wurde heute nach 2 Uhr das Urteil verkündet. Das Gericht sprach alle Angeklagten bis auf den Kaufmann Neugebauer schuldig. Den Angeklagten früheren Gefängnisoberaufseher Heistermann und früheren Gefängnis aufseher Roloff wurden mildernde Umstände verjagt. Heistermann erhielt 3 Jahre Zuchthaus und Roloff 2 Jahre Zuchthaus. Außerdem wurde gegen jeden auf 5 Jahre Ehrenrechtsverlust erkannt. Der Angeklagte, frühere Hauptaufseher Wöhrer erhielt 4 Monate Gefängnis und der frühere Hilfsaufseher Grießler 8 Monate Gefängnis, der Kaufmann Frankenthal 2 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Hätte Frankenthal und der Diplomingenieur Heinrich je 300 M. Strafe, Neugebauer wurde freigesprochen. Die Verurteilten lebten sämtlich bis auf Wöhrer die Annahme des Gefängnis wieder zugeführt. Der Antrag des Publikums zur Verurteilung war außerordentlich stark, so daß verschiedentlich polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte, um die Ordnung im Gerichtsgebäude aufrecht zu erhalten.

#### Sehe lokale Nachrichten.

Unfälle. Auf der Schloßstraße kam ein Kraftomnibus ins Stutzen, wobei ein Gasfahndel umgerissen wurde. Personen sind dabei nicht verletzt worden. — Die drei Jahre alte Tochter eines Kantinenwirts L. lief auf dem Altkirchweg in ein Automobil hinein und wurde überfahren, kam aber scheinbar mit nur leichten Verletzungen davon. — Auf der Seestraße rannten ein prägnantes Weibchen und ein Lastwagen zusammen, welcher Vorgang eine große Menschenansammlung zur Folge hatte. — Der Politische H. von der Ritterstraße rannte mit seinem Fahrrad in ein Automobil hinein. Er erlitt mehrere Verletzungen, auch wurde sein Rad stark beschädigt. — Beim Auspringen auf einen Straßenbahnweg glitt am Freiburger Platz ein auf dem Rollstuhl-Wallfahrt-Weg wohnender Turner aus und geriet unter den Anhängenwagen. Der Turner erlitt derartige Querschnitte, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Leidenbergung. Am 20. Mai erkrankte in Königstein beim Baden in der Elbe der Schulführer Bildt Leuthold aus Thümsdorf. Der Leichnam des Knaben wurde an der Priegnitzmündung aus der Elbe gezogen.

Selbstmord eines Desfrantanten. Wie die Oberpostdirektion Dresden soeben bekannt gibt, hat der seit 15. November dergangenen Jahres flüchtige Postassistent Laube in Riesa durch Selbstmord getötet. Wie seinerzeit gemeldet war, der 25 Jahre alte, aus Altona gebürtige und zuletzt auch beim dortigen Postamt angestellte gewesene Postassistent unter Wismar von 30 000 M. Bausgeld flüchtig geworden.

### Letzte Telegramme.

#### Die Affaire Wahard.

Paris, 28. Mai. Der Industrielle Clement Wahard erklärte mehreren Journalisten, daß er in seinem dem Ministerium des Reiches überreichten Berichte eingehend erzählt habe, was er sozigen Stunde für Stunde während seiner Reise in Deutschland gesehen habe, und daß er namentlich das schlimmste Vorgehen hervorgehoben habe, dessen Opfer er und seine Reisegefährten seitens der Polizei gewesen seien. Die Behauptung der Kölner Polizei, daß er keine einzige hervorragende deutsche Persönlichkeit habe nennen können, die sich für ihn verbürgt hätte, bezeichnete Clement Wahard mit großer Entrüstung als unrichtig. Er habe u. a. den Kölner Maschinenbauer Schütte und den Direktor der Wasserstoff-Fabrik in Wülfrath (S) genannt.

#### Wagners Meisterfänger in Paris.

Paris, 28. Mai. Heute abend fand im Theater des Champs Elysees die erste Aufführung von Richard Wagners „Meisterfänger“ in deutscher Sprache unter Leitung von Generalmusikdirektor Felix Weingartner statt. Weingartner und die deutschen Darsteller wurden von dem zahlreich erschienenen internationalen Publikum außerordentlich gefeiert.

#### Kas Regio.

Washington, 28. Mai. Einer Meldung des amerikanischen Schlichtungsausschusses „California“ zufolge haben die Konstitutionsisten die Telegraphen- und Eisenbahnverbindung von Guadalupe und der Hauptstadt bei Nuevo Laredo abgebrochen.

#### Fortsetzung des Streiks in Londoner Baugewerbe.

London, 28. Mai. (Privattelegramm.) Die Abstimmung im Londoner Baugewerbe über den Schlichtungsvorschlag des Einigungsamtes ergab eine große Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks. Es wird auf eine allgemeine Ausperrung der Bauarbeiter gerechnet. Von dieser Ausperrung würden eine halbe Million Arbeiter betroffen. Der Kampf dauert schon drei Monate.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

\* Die statistische Beilage des Korrespondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften veröffentlicht ausführliche Mitteilungen über die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912. Wir geben das Wichtigste daraus im obigen Artikel, dem noch zwei weitere folgen werden.







### Sächliche Angelegenheiten.

#### Die Verordnung gegen das Streikpostenstehen!

Kurz ehe der Landtag geschlossen wurde, kam es in der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer noch zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Vertretern über die im Antrag Dr. Böhmke zum Ausdruck kommenden Bestrebungen, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts möglichst zu erschweren. Durch das energische Eingreifen unserer Genossen ist ein Kammerbeschluß dieser Art verhindert worden. Die bürgerliche Mehrheit der Deputation hat aber einer Verordnung der Regierung zugestimmt, die der Gesetzgebungsdeputation im Wortlaut vorgelegt worden war. Wir haben eingehend über alle diese Vorgänge berichtet.

Jetzt ist das beabsichtigte Vorgehen der Regierung wieder Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse. Der Dresdner Mitarbeiter des Berliner Tageblattes hatte die in Aussicht stehende Verordnung gegen Streiks mit Recht dahin gekennzeichnet, daß sie geeignet sei, das Streikpostenstehen fast unmöglich zu machen. Der Regierung scheint diese von uns schon früher gemachte Feststellung unangenehm zu werden. In der reaktionären Presse sucht man heute die Öffentlichkeit durch folgende halbamtliche Notiz zu beschwichtigen:

Wie wir aus guter Quelle erfahren, beruht die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß die sächsische Regierung eine Streikverordnung vorbereitet, die gegen das bestehende Recht verstoße und insbesondere der Polizei eine bequeme Handhabe geben solle, das Streikpostenstehen überhaupt unmöglich zu machen, auf Gerüchten. Nachdem in den letzten Jahren auch im Königreich Sachsen bei den Ausständen zahlreiche Uebertretungen von Ausländern gegen Arbeitswillige gezeitigt haben, die bis zur schärfsten Bedrohung und bis zu Tätlichkeiten führten, hat der Minister des Innern Graf Westphal sich in der Zweiten Kammer bereit erklärt, Anweisungen an die Polizeibehörden zu erlassen, in welcher Weise sie sich bei Ausständen zu verhalten haben. Der Erlass einer solchen Verordnung steht bevor. Es wird darin ausdrücklich bestimmt werden, daß sich die Polizeibehörden in gewerblichen Ausständen, insbesondere Ausstände und Aussperrungen, nicht einzumischen haben, sondern sich nur mit strengster Unparteilichkeit darauf sehen sollen, daß die öffentliche Ordnung nicht gefährdet, insbesondere niemand an Leben und Gesundheit beeinträchtigt werde, Eigentumsbeschädigungen und andere strafbare Handlungen verhindert werden und die Freiheit und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, insbesondere nach und von der Arbeitsstelle, in jeder Hinsicht geschützt werde. Auch wird die Bestimmung vorgegeben werden, daß die Aufstellung von Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen dann nicht zu beanstanden sei, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigt, und insbesondere sich darauf beschränkt, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten, ohne daß hiermit Personen belästigt werden. Die Verordnung gibt dann Einzelvorschriften, wie Uebertretungen zu beugehen sind. Sie wird zu dem besonderen Zweck erlassen werden, den Polizeibehörden ein rein paritätisches Verhalten zu erleichtern. Es soll damit den Beschwerden einerseits, daß die Polizeibehörden geneigt seien, das Streikrecht zu verkleinern, und den Klagen andererseits, daß die Arbeitswilligen dem Streikterrorismus schutzlos ausgeliefert seien, begegnet werden.

Das ist eine Mederei, die nur den Zweck hat, das Vorgehen der Regierung und Behörden gegen die Streikenden harmlos, oder wie so schön gesagt wird, „paritätisch“ erscheinen zu lassen. Es ist aber ganz sicher, daß jene Verordnung, wie sie der Gesetzgebungsdeputation vorlag, in den Händen der ausführenden Behörden ein böses Werkzeug von Polizeiwirkung gegen streikende Arbeiter werden kann. Ueber die alberne Phrase, daß Unternehmer und Arbeiter gleich behandelt oder „geschützt“ werden sollen, ist kein Wort weiter zu verlieren. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Paragraphen 3, 4 und 5 der in Aussicht stehenden Verordnung lauten wörtlich:

#### § 3.

Die Ausstellung von sogenannten Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen ist dann nicht zu beanstanden, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigt, insbesondere sie sich darauf beschränkt, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten, ohne hierbei Personen zu belästigen.

#### § 4.

Sobald Streikposten oder andere Personen in Betätigung eines Interesses am Ausgange einer gewerblichen Einrichtung die öffentliche Ordnung oder Sicherheit, die Bequemlichkeit oder Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen stören, insbesondere Arbeitswillige oder andere Personen belästigen oder in bedrohlicher Weise auftreten, sind sie von dieser Stelle des Verkehrsraumes, einschließlich Einfahrten und Ausfahrwegen, fortzuweisen und nötigenfalls zu entfernen.

#### § 5.

Wären Streikposten wegen derartigen Belästigungen fortgewiesen worden oder ist durch Streikposten eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten, so kann die Polizeibehörde nach Lage des Falles die Ausstellung von Streikposten vorübergehend oder für die Dauer der betreffenden Streiktätigkeit ganz verbieten.

Wird man jetzt noch behaupten wollen, daß es zu viel gesagt ist, wenn man von einem direkten Verbot des Streikpostenstehens spricht? Das Verbot wird klipp und klar ausgesprochen, und die Situation zu schaffen, in der es angewendet werden kann, wird den Polizeibehörden gewiß nicht allzu schwer fallen. Im übrigen ist der Wortlaut so dehnbar und auslegbar, daß der Polizeiwille damit Tür und Tor geöffnet würde.

Wir behaupten, daß diese Verordnung, wenn sie erlassen werden sollte, woran nun nicht mehr zu zweifeln ist, ungeschicklich ist und auch mit den Urteilen des Reichsgerichts über das Streikpostenstehen nicht in Einklang zu bringen ist! Die Arbeiterschaft Sachsens aber wird sich darauf einrichten müssen, einen neuen energischen Kampf gegen derartige Entrechtungen zu führen. Voraussig wird abzuwarten sein, wie sich die Dinge weiter entwickeln.

### Sächsische Versammlungs-„freiheit“.

Die Amtshauptmannschaft zu Glauchau hatte den Gemeindevorstand zu Müßlich beauftragt, eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes zu überwachen, indem sie die Versammlung für eine öffentliche politische erklärte. Bekanntlich dürfen nach dem Vereinsgesetz nur solche Versammlungen polizeilich überwacht werden, die öffentlich sind und politischen Charakter tragen. Beides traf, wovon die Amtshauptmannschaft sich mit Leichtfertigkeit hätte überzeugen können, im vorliegenden Falle nicht zu, denn die Versammlung war ausdrücklich als Mitgliederversammlung einberufen worden, und die bekanntgegebene Tagesordnung lautete: 1. Vierteljahresbericht, 2. Geschäftliches. Der Vertrauensmann der Zahlstelle erhob Beschwerde. Darauf ist ihm von der Amtshauptmannschaft folgender Bescheid zugegangen:

Auf Ihre Eingabe vom 25. April 1914 wird Ihnen eröffnet, daß der Gemeindevorstand zu Müßlich an der Versammlung des Bergarbeiterverbandes am 10. April im Restaurant zur Post in Müßlich als Beauftragter der Amtshauptmannschaft teilgenommen hat. Bei der Beauftragung des Gemeindevorstandes ist die königliche Amtshauptmannschaft davon ausgegangen, daß die Versammlung öffentlich sein werde und auch Gegenstände allgemein politischer Natur erörtert werden würden. Nach dem Bericht des Gemeindevorstandes hat die Versammlung keinen politischen Charakter getragen. Die königliche Amtshauptmannschaft würde, wenn dies von vornherein anzunehmen gewesen wäre, daher auch einen Beauftragten zwecks Teilnahme an der Versammlung nicht abgeordnet haben.

Dieser Bescheid beleuchtet grell die Zustände auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens in Sachsen! Die Amtshauptmannschaft gibt das Ungeheul ihres Verfahrens in diesem Falle mit einer Würstigkeit zu, die frapieren muß. In solche Situationen kommen die Aufsichtsbehörden infolge der zum System erhobenen Schnüffelerei gegenüber allem, was nach moderner Arbeiterbewegung riecht. Wenn sich jedoch die Einberufer und Leiter von Versammlungen derartige Uebertretungen nicht gefallen lassen, dann werden sie — wie kürzlich die Glasarbeiter in Dresden in einem ganz ähnlichen Falle — mit hohen Geldstrafen belegt. Die Behörden aber dürfen es wagen, ihr gesetzwidriges Vorgehen in einigen nichtsagenden Nebensätzen — nicht etwa zu entschuldigen, sondern zu beschönigen. Damit basta! — Die Sammelmappe der sozialdemokratischen Abgeordneten dürfte bis zum nächsten Landtag wieder reichlich voll werden.

### Die Lehrer gegen Opik.

Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins läßt in der letzten Nummer der Leipziger Lehrerzeitung folgende Erklärung los:

„Der Landtagsabgeordnete Herr Geh. Hofrat Opik hat schon während des Säulampens im Jahre 1912 sowohl im Landtage als auch in der Öffentlichkeit wiederholt die Bestrebungen der sächsischen Lehrerschaft in bezug auf die Reform des Religionsunterrichts in unwarer Weise dargestellt. Im Landtage und auch in der Fachpresse der sächsischen Lehrer ist ihm kein „Zerrtum“ wiederholt nachgewiesen worden. Trotzdem bringt es Herr Opik fertig, am 2. April 1914 im Landtage dieselben Unwahrheiten und Verdrehungen in noch verstärkter Weise zu wiederholen, indem er behauptet: „In der Denkschrift der Lehrerschaft ist in einer Stelle klipp und klar gesagt, daß der Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen und durch die Naturwissenschaften zu ersetzen ist.“ — Wer die Bestrebungen des Sächsischen Lehrervereins auf nur einigermaßen verfolgt hat, muß zugeben, daß von ihm niemals die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule gefordert worden ist, sondern eine Verinnerlichung der religiösen Unterweisung angestrebt wird. Die erste der Zwickauer Theisen bringt diesen Standpunkt der sächsischen Lehrerschaft „klipp und klar“ zum Ausdruck, sie lautet: Religion ist ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand. Ein ganzes Kapitel in der Denkschrift des Sächsischen Lehrervereins handelt von der Umgestaltung des Religionsunterrichts nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen. Auch in der Öffentlichkeit haben Vertreter des Sächsischen Lehrervereins wiederholt ihre Meinung in demselben Sinne zum Ausdruck gebracht. Das alles ist Herrn Opik durchaus bekannt, zumal ihm als Landtagsabgeordneten alle offiziellen Schriften des Sächsischen Lehrervereins zugegangen sind. Wenn Herr Opik trotzdem immer und immer wieder die unwarere Behauptung von der Forderung der sächsischen Lehrerschaft nach Beilegung des Religionsunterrichts verbreitet, so muß der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins gegen ein derartiges Beginnen eines Volksvertreters mit aller Entschiedenheit öffentlich Verwahrung einlegen.“

Herr Opik, der Führer der sächsischen Konfessionen, wird hier mit großer Schärfe der Unwahrhaftigkeit bezichtigt! Nur dieser interessanten Tatsache wegen geben wir die Erklärung des Sächsischen Lehrervereins wieder.

### Aus den Parteiorganisationen.

Die Entwicklung der Partei im 16. sächsischen Reichstagswahlkreis zeigte im verflochtenen Jahre schöne Fortschritte, trotz des wirtschaftlichen Niederganges, unter dem die chemische Bevölkerung zu leiden hatte und der noch anhält. Ueber den Stand der politischen Entwicklung im 16. Kreise unterrichtet der Geschäfts- und Klassenbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den 16. Reichstagswahlkreis (Chemnitz). Die Mitgliederzahl erhöhte sich im Berichtsjahre von 16408 auf 20385; darunter befinden sich 3446 weibliche Mitglieder, deren es vor Jahresfrist erst 2901 waren. Es beträgt die Zunahme also rund 4000. Dieser Zuwachs erhält besondere Bedeutung dadurch, daß in den zwei vorausgegangenen Jahren die Steigerung der Mitgliederzahl auch schon 7856 betrug, und daß die jetzige Steigerung in die Zeit der wirtschaftlichen Krise fiel. Der intensiven Agitations- und Organisationsarbeit der Genossen in der roten Woche ist der Hauptanteil an diesem schönen Erfolg zu danken. Vor zehn Jahren zählte die politische Organisation des Kreises erst 2976 Mitglieder. Jetzt stehen den 42000 sozialdemokratischen Reichstagswählern 20385 Parteimitglieder gegenüber. Dem erfreulichen Wachstum der Organisation entsprechend ist auch die finanzielle Leistungsfähigkeit gewachsen. Die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen, die 1903 4503 M. betrug, zeigt heute die Summe von 72148,10 M. — Ueber aufreihstellende Ergebnisse berichtet auch das Chemnitzer Parteiorgan, die Volksstimme, deren Einnahmen in allen Geschäftszweigen gestiegen sind. Der Verlag hat ein Nachbargrundstück, eine Patrizier-Villa, gekauft, um sich Betriebsverweigerungsmöglichkeit zu schaffen. Hier hat die Zentralbibliothek und das Jugendheim würdige Räume erhalten, die in den nächsten Tagen ihrer Bestimmung über-

geben werden sollen. So schreitet die Organisation des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises rastlos vorwärts! Die Reaktionsäre aber nennen das: Niedergang der Sozialdemokratie!

Die gut besuchte Generalversammlung des 16. Reichstagswahlkreises nahm den gedruckten Bericht über den Jahres- und Klassenbericht mit Genugtuung entgegen; er stellt Fortschritte in allen Zweigen der Tätigkeit des sozialdemokratischen Vereins im Berichtsjahre fest. In die einzelnen Berichte schlossen sich Aussprachen in nur geringem Umfange an. Die Wahlen gingen glatt vonstatten und brachten wesentliche Veränderungen in der Besetzung der verschiedenen Vereinsämter nicht. Genosse Max Müller wurde als erster Vorsitzender, Genosse Bruno Frimischer als 1. Kassierer einstimmig wiedergewählt.

Genosse Hedert kritisierte die wenig genüssliche Art, wie die Volksstimme Polemiken führe. Er wies dabei auf eine Polemik gegen Lipinski hin. Genosse Heilmann erwiderte darauf, daß in diesem Falle (es handelt sich um einen Vorgang in einer Konsumvereinsversammlung in Leipzig) „der jüngste Genossenschaftstag (in Zwickau) der Volksstimme ausdrücklich für ihre Stellungnahme gedankt“ habe. — Diese Behauptung ist sehr schön, indem der zweite Verbandssekretär, der eine derartige Bemerkung machte, glattweg mit dem ganzen Verbandsrat identifiziert wird. Die Delegierten werden, bis auf wenige höchstens, jene Polemik überhaupt nicht gekannt haben. Sie konnten deshalb solchen „Dank“ garnicht abstoßen. Dieser ganz beiläufige „Dank“ des Sekretärs Hedert galt sicher auch nur der sachlichen Stellungnahme, nicht aber der Form der Polemik, die Genosse Hedert beurteilte. Die Benutzung Heilmanns auf den sächsischen Konsumvereinstag ist also durchaus unberechtigt.

### Der Kampf um die Seele.

Vor dem Leipziger Schöffengericht lagen sich der katholische Pfarrer von Bodenbach i. B., Mildner, und der evangelische Pfarrer von Guben, Witz, in den Naaren. Ueber ihnen schwebte die Seele der Schlofferfrau Laubert, die im Krankenhaus zu Bodenbach an der Schwindsucht gestorben ist. Als sie heiratete, ist sie zum evangelischen Glauben übergetreten, weil ihr Mann das wünschte. Als Frau Laubert hoffnungslos im Krankenhaus lag, hat ihre Pflegerin auf sie eingewirkt, wieder katholisch zu werden. Vier Tage vor ihrem Tode wurde die Frau denn auch wieder vom katholischen Pfarrer in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche aufgenommen. — Dieses Vorkommnis hat der evangelische Pfarrer Witz in Guben zum Anlaß genommen, in der von ihm redigierten, in Leipzig erscheinenden Zeitschrift: Wartburg, Zentralorgan zur Förderung der evangelischen Kirche Ostpreußens, von Seelenfang zu sprechen. Juridisch führt wurde das Bestreben der Katholiken, die Menschen zum katholischen Glauben herüberzuführen, auf eine päpstliche Enzyklika, in der dem Sinne nach befohlen werde: fangt Seelen, wo ihr könnt. Durch diesen Artikel fühlte sich Pfarrer Mildner in Bodenbach beleidigt und er stellte Strafantrag gegen seinen evangelischen Amtskollegen. Dieser aber bestritt, seinen Kollegen in Christo beleidigt zu haben. Das habe er auch gar nicht beabsichtigt, denn er habe nur das katholische Schlem des Seelenfangs kritisieren wollen. — Das Gericht fand zwar in dem Ausdruck Seelenfang eine objektive Beleidigung, aber es billigte dem Beklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu. Man müsse sich auf den Standpunkt des Angeklagten stellen, der berechnete Interessen vertreten hat. Vertritt man aber berechnete Interessen, so darf man auch objektiv beleidigende Tatsachen vorbringen. Man dürfe dabei den Gegner nur nicht absichtlich beleidigen. Das aber sei auch nicht geschehen, denn der Ausdruck Seelenfang sei ein „Fachausdruck“ für das, was tatsächlich vorgekommen ist. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Der Konkurrenzstreit der geistlichen Brüder interessiert uns weniger als die Begründung des Urteils. Einem evangelischen Redakteur wird der Schutz des § 193 in weitestem Maße zugesprochen, während er sozialdemokratischen Redakteuren regelmäßig abgesprochen wird! — Es gibt auch eine negative Klassenjustiz.

Leipzig, 27. Mai. Durch einen Gerüststurz verunglückten in der Bockstraße zwei Arbeiter. Sie waren mit der Ausbesserung eines Balkons beschäftigt, als plötzlich das Gerüst nachgab und teilte in die Tiefe stürzte. Sie wurden schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft, wo sie bald nach ihrer Entlieferung gestorben sind. Es sind der 18 Jahre alte Arbeitsschüler Robert Gerth, Leipzig, und der 24 Jahre alte Schloffer Erich Jänichen aus Leipzig-Kleinhau.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In einem Leipziger Hotel versuchte ein Angestellter seine Geliebte mit deren Einverständnis zu erschlagen. Er entleerte sich durch zwei Schüsse ins Herz. Das junge Mädchen wurde von zwei Schüssen in die Brust getroffen und in schwerem Zustand ins Krankenhaus geschafft. — Aus dem verflochtenen Lagerraum der Elektrizitätsgesellschaft Schulg. u. Baum in Rauhof sind nachts für etwa 1000 M. Kupferdraht gestohlen worden. Von den Dieben hat man keine Spur. — Im Staatsforstrevier Wermddorf brach auf noch unaufgeklärte Weise ein größerer Waldbrand aus, wobei gegen drei Acker junger Fichtenbestand vernichtet wurde. — Als der Landwirt Brödnner von seinem Wohnort nach Witzgenz zurückkehrte, wurde er von einem etwa 30jährigen Manne angesprochen und gefragt, ob er Geld mit sich führe. Als Brödnner ihm antwortete, daß er einige Groschen bei sich habe, packte ihn jener und wollte ihm die Tasche entreißen. Da Brödnner selbst groß und stark ist, gelang es ihm, den Angreifer abzuschütteln und ihm eine Tracht Prügel zu erteilen, so daß jener schließlich liegen blieb. Brödnner wollte nun Hilfe herbeiholen. Als er aber zurückkehrte, war der Fremde verschunden. — In Wolkensitz erschoss sich die Gattin eines Stationsbeamten. Das Motiv dürfte in der Angst vor einer bevorstehenden Operation zu suchen sein. — In der Scheune seines Dienstherrn in Marienberg erhängte sich der 31 Jahre alte Wirtschaftsgeldbesitzer Hengst. Als der Wirtschaftsbefehliger Witz nach einem Aufschrei schreien wollte, zerbrach beim Abgehen des Schusses der Lauf des Gewehrs und verletzte den Schützen schwer an der linken Hand. Herr W. mußte noch nachts das Krankenhaus aufsuchen, wo eine Operation vorgenommen wurde. — Der 7 Jahre alte Schulknabe G. in Markneukirchen wollte bei einem im ersten Stock gelegenen Fenster eine Pflanze heraushängen. Er war von einem Balken aus zu dem Fenster gestiegen, bekam aber das Uebergewicht, stürzte ab, und war mit dem Kopf auf eine feinerne Treppe, wobei er sich neben tiefen Kopfverletzungen eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. — Seit Sonnabend hat sich in Zeulenroda ein Reichelarbeiter, der Frau und Kinder besitzt, entzündet. Gleichzeitig ist eine Stickerin unter Aufschüttung von Mann- und Kindern mit verschunden. — Auf Station Wermddorf wurden am Dienstag vormittag in einem Frauenabteil eines D-Zuges eine gelbe und eine schwarze Handtasche sowie ein Portefeuille gefunden, die insgesamt 30 Markogramm Sacharin enthielten. Von der Person des Schmutzlers war nichts wahrnehmbar.



Stadt-Chronik.

Arbeiterchaft und städtische Baukunst.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

Die wachsenden sozialen Verpflichtungen der kommunalen Gemeinwesen stellen diese auch in immer erhöhtem Maße vor große bauliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, daß die breite Masse der Bevölkerung, die dabei hauptsächlich in Frage kommt, das lebhafteste Interesse an der ausführenden Lösung dieser Aufgaben hat.

innung hat sich bisher auch keineswegs der Ueberzeugung verschlossen, daß eine Herabsetzung der Preise möglich ist.

Das heißt also: es haben schon Verhandlungen stattgefunden. Die Fleischerzeitung behauptet ebenso bestimmt das Gegenteil. Was ist nun richtig? Wenn die Darstellung des Stadtrates stimmt, wird er die Fleischerzeitung bei den Ohren nehmen müssen. Sonst muß die Bevölkerung glauben, daß seine Mitteilungen den Tatsachen vorauseiten, weil er sich mit der Ausführung eines Auftrages mehr Zeit ließ als er eingeteben möchte.

Die Waldschulkinder-Stiftung im Jahre 1913.

Der Erkenntnis, daß im Kampfe gegen die mancherlei Mißstände unserer Zeit die Arbeit am Kinde am erfolgversprechendsten ist, verdankt die Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht ihre zunehmende Verbreitung. Ein wichtiger Zweig ist die Fürsorge für schwache und fränkliche Schulkinder. Diese können unter den normalen Schulverhältnissen in stark besetzten Klassen nur unter Ueberanstrengung „mit fortkommen“.

Der im Jahre 1908 gegründete Verein Dresden Waldschulkinder hat sich die Errichtung einer solchen Schule zur Aufgabe gestellt und viele Mitglieder dazu gewonnen. Inzwischen waren die entgegenstehenden Schwierigkeiten hier in Dresden so groß und vielseitig, daß der Verein sie nicht zu überwinden vermochte. Um aber das Ziel wenigstens teilweise zu erreichen, löste sich der Verein im Jahre 1913 auf und übernahm sein durch einen Ziffer auf 10 000 M. aberkanntes Kapital als selbständige Stiftung dem Verein für Waldberholungsstätten, unter dessen Verpflichtung, eine gesonderte Abteilung, die Waldberholungsstätte für Schulkinder, damit ins Leben treten zu lassen.

Der Aufenthalt der Kinder in der W.-E.-St. kommt dem Ideal der Waldschule bis auf die Erteilung des Unterrichts im Walde denkbar nahe. Er bietet den Kindern körperliche Erholung ohne Schulverläumnisse, die so leicht ein Fortkommen in der Klasse in Frage stellen, und ohne volle Trennung vom Elternhaus, wodurch das Heimweh mit seinen nachteiligen Folgen für eine erfolgreiche Kur vermieden wird.

Der Kommerzienrattitel als Reklame.

Eine zeitgemäße Reklame treibt der Schokoladenfabrikant R. Seilmann, dem anlässlich des Geburtstages des Königs der Kommerzienrattitel verliehen wurde. Er sandte an die Redaktionen der bürgerlichen Blätter folgendes Schreiben:

Das königliche „Dresdener Journal“ veröffentlicht heute unter anderem auch meine Ernennung zum königlich sächsischen Kommerzienrat, und da dies vielen Lesern Ihres geschätzten Blattes von Interesse sein wird, bitte ich Höflichkeit um Erstattung der untenstehenden Notiz im redaktionellen Teil an passender Stelle und, wenn möglich, in der vorgezeichneten Form.

Richard Seilmann.

Der neugebenedete Kommerzienrat weiß doch, wozu so ein Titel gut ist. Er ist mehr als eine angenehme Verzierung schlichter Bürgernamen: mit diesem Titel sich zu zieren, ist ehrenvoll und bringt Gewinn!

Ausflugstage. In Rücksicht auf den gesteigerten Ausflugsverkehr werden vom 1. Pfingstfeiertage (31. Mai) an an allen Sonn- und Festtagen folgende Personenzüge abgefertigt: Nachmittags 4,45 von Dresden Sbf. nach Döbeln,

abends 7,30 Uhr von Döbeln nach Dresden, früh 3,40 von Dresden Sbf. nach Schandau-Bodenbach-Zettlitz, abends 6,16, 9,13 und 10,30 Uhr von Rügeln b. P. nach Dresden Sbf., abends 10,37 von Schöna nach Dresden Sbf., früh 7,10 von Rügeln b. P. nach Weising-Altenberg, nachmittags 3,40 Uhr von Rügeln b. P. nach Burkhardtswalde-Maxen, vormittags 9,28 von Weising-Altenberg nach Rügeln b. P., nachmittags 4,20 und abends 7,28 Uhr von Burkhardtswalde-Maxen nach Rügeln b. P., abends 9,50 Uhr von Sohnstein (Sächs. Schweiz) nach Rühlmühle, nachts 12,43 Uhr von Rühlmühle nach Sohnstein (Sächs. Schweiz).

Der Dresdner Lehrerverein beschloß in seiner letzten Versammlung folgende Erklärung: „Der Dresdner Lehrerverein hält die Einführung der allgemeinen Volksschule in Dresden noch vor der Neugestaltung des gesamten sächsischen Volksschulwesens für eine dringende Aufgabe der Schulverwaltung. Er beauftragt den Schulgesetzsausschuß mit der Abfassung einer entsprechenden Eingabe.“

Kinderkommission. 4. Kreis. Karten pro Stück 37 Pf. zur Dampfshipparie am 3. Juni nach Wilmig sind bis Sonnabend bei den Leiterinnen zu entnehmen. Für Neustadt bei Frau Deje, Böhmische Straße 23, 3., Frau Kunge, Klaustraße 87, 4., Frau Rosch, Hechtstraße 9, 3.; für Trachenberge-Vielchen bei Frau Weidelt, Großenhainer Straße 139, 3., Frau Fibbe, Großenhainer Straße 139, 3.; für Ritzsch-Raditz bei Frau Piesch, Raundorfer Straße 19, 2.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Wittstadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Beschlössen wurde der Erlass eines Verbotes des Straßenhandels auf der Stadtstraße Dresden-Tharandt und der Seitenstraße innerhalb der Gemeindebezirke Hainsberg, Deuben, Döhlen und Rößschappel, ferner stimmte man dem Entwurf neuer Vorschriften über die Befahrung der in Ziegelleien den Arbeitern überlassen oder angewiesenen Schlafstätten und Aufenthaltsräume an, die einige Verbesserungen gegenüber den jetzt geltenden Bestimmungen enthalten. Die Wiederwahl des Dr. med. Krafting in Deuben als Fürsorgearzt für den Gemeindebezirk für Tuberkulosefürsorge im Krankenhaus wurde fand Genehmigung, desgleichen die Wahl des Gemeinde- und Sparsassen-Passiers Brodman in Vöschütz als 2. stellvertretenden Standesbeamten. Im übrigen wurden genehmigt bezw. befristet, der 1. Rattrag zum Ortsbauergesetz für die Gemeinde Oberwartha, der Rattrag zur Ortsbauordnung für Göhlitz, der 4. und 5. Rattrag zum Ortsbauergesetz für Stöcksch, eine Beihilfe aus dem Liegebaufonds für die Gemeinde Klingenberg, das Ortsgesetz über die Ausführung von Entwässerungsanlagen in der Gemeinde Niederfelditz, der 3. Rattrag zum Ortsstatut der Gemeinde Leubnitz-Neuostra (bedingungsweise) und die Satzung des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätswerk Göschütz, sowie verschiedene Grundstücksregulierungen in Göschütz, Prohlitz und Friedrichsdorf. An mehrere frange Personen aus Rößschappel, Niederdorf, Döhlen und Oberdorf wurden aus Bezirksmitteln Kurbeihilfen bewilligt.

Neubaugenehmigungen in Dresden vom 18. bis 23. Mai.

Table with 4 columns: Hauptlag (Straße od. Platz, Flurst.-Nr.), Bauherr, Art des Baues, and other details. Rows include: Bahndorfer Straße, An der Straße 45, Ecke Straße 25, Ecke Eisenstr. u. Sübnerstraße, Kaiser Straße, Wiener Straße, Sübnerstraße, Ecke Straße 22, Holbeinstadtstr. 189, Bahreuther Str., Heideparkestraße, Wagner Str. 85, Tonbergstraße, Glasgütter Str.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Morgen Freitag, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Gemeindevorstellung im Ratsitzungsraum.

Döhlen. Freitag den 29. Mai, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Deuben. Donnerstag den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Döhlen. Heute abend 8 Uhr öffentliche Gemeindevorstellung.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.



Gerichtszeitung.

Geschworenengericht. Ein Freispruch.

Der 50-jährige Privatrat Ernst Oswald Richter, hier, beabsichtigte im Oktober 1912 ein Haus zu kaufen und trat zu diesem Zweck mit dem Makler Mann in Verbindung. Dieser offerierte ihm ein Haus auf der Reichenstraße in Pieschen. Legte aber gleichzeitig noch eine Liste von anderen verlässlichen Häusern bei. Unter ihnen befand sich das Haus Wilder-Ramm-Strasse 88, einem Dachdeckermeister Nachs gehörig. W. waren von den Verkäufern für jedes Geschäft 1 Prozent Provision zugesichert. W. wurde durch Vermittlung eines Freundes K. mit dem H. persönlich bekannt und kaufte dessen Haus für 6300 M. Als der Kauf abgeschlossen war, verlangte W. von H. 600 M. Vermittlungsgebühr, die H. sich zu zahlen weigerte, da er sein Haus direkt an K. verkauft habe. Nun klagte W. die ihm nach seiner Meinung rechtlich zustehende Provision beim Amtsgericht ein. In dem Termine am 30. Juni 1913 war auch H. als Zeuge geladen und dort soll er mehrere falsche Angaben mit dem Eide bekräftigt haben. Nach mehrstündiger Beweisaufnahme verzweigten die Geschworenen die Schuldfrage auf Weisung, wie auch die auf fahrlässigen Freispruch. Infolgedessen erfolgte kostenloser Freispruch.

Landgericht.

Das umstrittene Kostümfest.

Der Turnverein Frisch auf in Rähnitz hatte im Januar 1914 am dortigen Gasthof zum Erbgericht einen Familienabend als Vergnügen abgehalten. Die Mitglieder waren erjacht worden, möglichst in Touristen- und Kragerkleidung zu erscheinen. Kurz darauf erhielt der Wirt Herr Hermann Gersdorf, Vorstand des Vereins, von der Amtskassendirektion Dresden Verbot eine Strafvorladung über 20 M. zugestellt. Er sollte ein Kostümfest abgehalten haben, was nach der Ministerialverordnung vom 8. Dezember 1910 über die öffentlichen Tanzveranstaltungen genehmigungspflichtig ist. H. hatte den Familienabend aber nur einfach beim Gemeindevorstand angemeldet. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, da er sich nicht bewußt war, einer Uebertretung schuldig gemacht zu haben. Das Vergnügen war kein Kostümfest. Wohl haben 16 Turnerinnen, Vereinsmitglieder, im Bauerntouren einen Reigen aufgeführt, wohl hat sich auch eine Anzahl junger Leute im Krager- und Krageranzug beteiligt, aber die Mehrzahl der 100-150 Anwesenden war in gewöhnlicher Kleidung erschienen. Beim Kostümfest wurden an alle Anwesenden sogenannte Coppelhüte aus Papier verteilt, aber dadurch habe das Vergnügen noch lange nicht den Charakter eines Kostümfestes angenommen. Das Schöffengericht erkannte auch auf Freispruch.

Der Junge Gerdmar Mauerberger hatte ausgeführt, er sei nicht auf dem Feste gewesen, es sei ihm aber mitgeteilt worden, daß es ein Kostümfest gewesen sei und da habe er Anzeige gemacht. Der Gemeindevorstand hatte zur Schöffengerichtsverhandlung ausgesagt, daß er, als ihm H. die Einladung bei der Anmeldung vorgelesen hat, das Fest nicht für genehmigungspflichtig gehalten habe, somit hätte er ihn darauf aufmerksam gemacht. Wegen des freisprechenden Urteils hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet und verlangte Bestrafung. Die zweite Strafkammer kam aber zu derselben Feststellung wie die erste Instanz und verworft die Verurteilung des Staatsanwalts.

Schöffengericht.

Das Recht auf Freigabe.

verhandelte in einem Verleumdungsprozess gegen den 1866 geborenen Geschäftsführer der Hauptbahnhofsverwaltung R. J. H. Wügel der Amtsamt und das Gericht. Der Angeklagte ist für die Nacht in der Arresthaft des Hauptbahnhofs der Vertreter des Bäckers. Am Morgen des 26. April sollte ein Vortrag mit Weisungen abgehalten werden. Wügel ließ abends um 11 Uhr den in einer Kammer schlafenden Beklagten sagen, daß sie am andern Morgen bereits um 5 Uhr genötigt würden, und daß sie 5 1/2 Uhr unten zu sein hätten. Der Beklagte antwortete, daß er schon zum Hausdiener, daß er da nicht mitmache. Am andern Morgen kamen die Weisungen auch sämtlich nicht herunter. Wügel ging hinauf und nahm untrennbar einen Vorstoß mit. Die Beklagte sprangen bei seinem Erscheinen sofort aus den Betten, nur Fischer blieb liegen. Wügel rief ihm die Rede weg und prägte ihn mit dem Nohthof. Nach dem ärztlichen Zeugnis trug der junge Mann einige diätetische striemen davon. Der Geschäftsführer war wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt; der Vater hatte für den Fall, daß nur eine einfache Körperverletzung angenommen würde, Strafantrag gestellt. Wügel hätte die Kosten für einen Verteidiger sparen können, denn er hätte es nur mit Verteidigern der Prügelstraße zu tun. Selbst der Amtsamtamt verweigerte das Recht auf den Stuhl und verteilte die Meinung, daß dem Angeklagten ein Freigaberecht zuzuschreiben. Für zweifelsfrei hielt er es, daß der Angeklagte das Freigaberecht überlassen habe. Er sollte daher keinen Antrag auf Bestrafung. Das Gericht erkannte dem auch auf Freispruch, indem es dem Geschäftsführer ein abgeklärtes Freigaberecht zugestand und die Meinung betrat, daß selbst Schläge mit einem Stuhl auf den unbetreuten Körper keine Uebertretung des Freigaberechts darstellen. — Man sollte nur mal das Gericht derselben Deute hören, wenn Dougoldsöhndchen im Alter des Verleuten in dieser Weise „gerichtet“ würden! Was hätte wohl der Amtsamtamt getan, wenn sein Lehrer auf dem Gymnasium einmal in dieser Weise den Stuhl als Freigabemittel benutzt hätte!

Warenversteigerung.

wurden dem 1881 geborenen Markthelfer Walter Emil Eduard Franz Wöhne in größerem Umfang zur Aukt. gest. H. war im Warenhaus von Herzfeld beschäftigt und hat dort für 149 M. Waren gekauft. Dann fand er Beschäftigung im Residenz-Kaufhaus und hier legte er seine Diebstahle in noch dreierlei Weise fort, indem er noch und nach für 275 M. Waren entwendete. Diese Waren veräußerte er in Bekanntenkreise. Auf dem Ausschließungsplatze an der Ecke Haupt- u. Reichenstraße, die er an den Kaufherrn Friedrich Oswald Seibel verkaufte. Seibel mußte sich deshalb wegen Diebstahls mitverantworten. Beide sind verurteilt und werden daher zu 6 Monaten bezw. 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Militärgericht.

Soldatenschieß.

Der Mann Poffelt vom Wameregiment Nr. 17 trat im Herbst 1911 beim Militär ein. Er ließ sich zu einigen Verfehlungen gegen die Disziplin hinreißen, und während der Wameregiment im Herbst 1912 verurteilte ihn das hiesige Kriegsgericht zu einer längeren Gefängnisstrafe. Am Nachmittag des 2. Januar 1914 ereignete sich ein Vorgang, der Anlaß zu einem neuen Strafverfahren gegen Poffelt gab. Während des Stübchenfests hatte ein Mann vom aufsichtsführenden Unteroffizier den Befehl erhalten, Köhler zu holen. Poffelt sagte dabei etwas zu seinem Kameraden, wurde aber vom Unteroffizier mit den Worten zurückgewiesen: „Das geht Sie gar nichts an, hören Sie sich in den Stuhl!“ Dieser mehrfachen Aufforderung soll Poffelt nicht nachgegeben, vielmehr demonstrativ ausbleibend durch die Stallgasse nach dem Hauptbau gegangen sein. Auf den Ruf des Vorgesetzten: „Haben Sie nicht gehört?“ reagierte Poffelt nicht, und als ihm abermals befohlen wurde, in den Stuhl zu gehen, soll er „Schlapp, laß dich, läß dich, unwillkürlich“ folge geleistet haben. Dieses Verhalten Poffelts gab dem Unteroffizier Anlaß, ihn zu sich zu rufen. Darauf soll P. nicht sofort und dann auch nur schweigend gekommen sein. Trotz des kurzen Abstandes wurde nun dem Soldaten befohlen, zum Vorgesetzten im Saal zu kommen. Poffelt murmelte vor sich hin: „Die paar Schritte kann ich doch nicht aufschreiten machen!“ Als der Unteroffizier ihn zur Rede stellte, soll P. sein „achtungsbekundendes Verhalten“ fortgesetzt haben. Er wurde verurteilt, in Untersuchungshaft genommen und außerdem die Entweisung

in die Arbeiterabteilung angeordnet! Aus Verzweiflung unternahm der Soldat im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch, der zwar noch rechtzeitig bemerkt wurde, aber die Ueberführung ins hiesige Kriegsgericht notwendig machte. Bald danach kam Poffelt vor dem hiesigen Kriegsgericht. Er gab einige Vorgänge als durchaus harmlos zu, erklärte aber im übrigen, einige Befehle nicht gehorcht und verstanden zu haben, da er auf dem linken Ohr an Schwerhörigkeit leide. Auf diesen nicht unerheblichen Einwand wurde vom Gericht nicht weiter eingegangen! Das Gericht schickte den Soldaten auf 6 Monate in das Gefängnis und verurteilte ihn außerdem in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Auf die Vernehmung P. wurde vom Obergerichtsgericht die Strafe auf 6 Monate verabschiedet. Inzwischen war Poffelt abermals zur genauen Untersuchung in das Lazarett gebracht worden. Das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung führte zur Entlassung des Dienstrunbrauchbarkeitsverfahrens, das bereits soweit geblieben ist, daß die Entlassung Poffelts vom Militär bedroht. Gegen das obrigkeitliche Urteil wendete sich Poffelt mit einer Petition an das Reichsmilitärgericht. Das Reichsmilitär ist aber jetzt als ungeneigt dem Vorwurf worden! Poffelt hat das Urteil Rechtskraft erlangt. Poffelt muß also die ihm zustehende Gefängnisstrafe verbüßen und wird wahrscheinlich zu diesem Zwecke in eine Zuchtanstalt gebracht werden. (11)

Unersaubte Entfernung.

In der Annahme, er werde zum Militärdienst nicht für tauglich befunden werden, trat der Arbeiter Seibel vor zwei Jahren, wurde aber dann im Sommer vorigen Jahres zur Infanterie abgehoben und zum Herbst bei der 4. Kompanie des 177. Regiments eingeteilt. Das war eine bittere Enttäuschung für die Familie. Aber bald mußte er auch erfahren, daß es mit der Liebe und Treue seiner Frau nicht weit her war, denn sie gab ohne sein Wissen und Einverständnis das Kind in Pflege und verfiel, ohne sich irgendwie um ihren in die Uniform gekleideten Mann zu kümmern. In ständiger Ungewissheit durchlebte Seibel die Restruenzzeit, während der er weder Zeit noch Gelegenheit fand, Nachforschungen über den Aufenthalt und die Lebensweise seiner Frau anzustellen. Endlich erfuhr er von anderer Seite, daß seine Frau als Heilerin arbeite. Nun ließ er sich nach dem Schicksal des Kindes erkundigen. Am 15. April erfuhr er sich eigenmächtig von der Truppe und suchte viele Gastwirtschaften in Dresden, Bismarck und Heilmann nach seiner Frau ab, fand sie aber nicht. Gerade als er glaubte, die richtige Spur gefunden zu haben, erfolgte seine Verhaftung. Die Absicht der dänischen Entfernung besteht er, sie vor ihm auch nicht nachzuweisen. Das Wort zur unersaubten Entfernung wurde vom Gericht nicht allein in den ehelichen Verhältnissen gefunden, sondern es betraf auch die Ansicht, daß der Angeklagte ein wenig hummeln wollte. Das Urteil lautete auf 7 Wochen Gefängnis.

Ein Pflanzweg im bunten Rod.

Ein unglückliches Menschenkind, das sogleich nicht wieder aus der Uniform herauskommen wird, ist der Soldat Kerting vom Inf.-Reg. Nr. 107. Mangelhaft ertragen, führte er schon in seiner Jugend ein halbes, unbeschränktes und planloses Leben: nirgendwo hielt er es lange aus, immer trieb es ihn wieder fort — aus Lust am Wandern. Man kann wohl sagen, daß Kerting an einem krankhaften Wandertrieb leidet. So hatte er schon immer Angst vor der militärischen Dienstzeit, weil er sich sagte, daß er es auch dort nicht lange aushalten werde. Aber er wurde für diensttauglich befunden und im Januar 1912 als unehelicher Heerespflichtiger beim Militär eingeteilt. Ohne irgendwelche Ursache, lediglich seinem Wandertrieb folgend, wurde er aber noch im selben Monat jahnenflüchtig. Nach einigen Monaten erfolgte seine Heimkehr und das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Da Kerting bei seiner eigenartigen Veranlagung sich auch nicht an ein geordnetes Leben gewöhnen konnte, so regnete es im Gefängnis wegen Verfehlungen gegen die militärische Justiz und Ordnung Disziplinarstrafen. Im Mai vorigen Jahres hatte er keine Strafe verbüßt und kam zur Truppe zurück. Der unüberwindliche Wandertrieb ließ ihn auch jetzt nicht in Ruhe und schon einige Wochen später verließ er auf verbotenen Wege die Kaserne, legte nach Anlage von Zivilkleidung seine Uniformstücke im Hausflur einer Polizeiwache nieder und begab sich in der Absicht, nach Belgien auszuwandern, nach Damburg. Unter falschem Namen arbeitete er verheimlicht als Pflanzarbeiter, hielt sich auch längere Zeit in Bremen auf, schickte sich zeitweise bettelnd durch, um schließlich nach Osnabrück zu wandern. Als Landstreicher wurde er dort festgenommen, gab aber gleich zu, Deserteur zu sein. Jetzt sah er wegen Fahnenflucht im ersten Rückfalle auf der Anklagebank. Zur Beobachtung seines Weisheitsstandes bestand sich Kerting längere Zeit in der Heilanstalt des Städtischen Krankenhauses. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, Stabsarzt Dr. Krüger, ist der Angeklagte zweifelslos psychopathisch veranlagt und vermindert zurechnungsfähig; irgendwelche Zeichen einer Heilung sind nicht festzustellen. Die Fahnenflucht sei nur durch die ihm nicht zuzuschreibende Wahnvorstellung zu erklären. Der Strafausschließungsparagraph 51 komme hier nicht in Frage und Kerting müsse für seine Handlungswelt verantwortlich gemacht werden. Das Urteil lautete auf ein Jahr vier Monate Gefängnis und erneute Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. — Da Kerting nach Verlegung dieser neuen Strafe noch keine geistliche Dienstzeit bei der Arbeiterabteilung abzuleisten hat, so dürfte er vor 1918 nicht aus dem bunten Rod herauskommen — wenn er nicht inzwischen, seinem Wandertrieb folgend, abermals jahnenflüchtig wird.

Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung in Dänemark im Jahre 1912/13.

a. k. Nach dem Gesetze von 1907 wird den Organisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenversicherung gewähren, von den Gemeinden und dem Staate Zuschuß zuteil, wofür den Behörden die Kontrolle über diesen Unterzweig zusteht. Nach dem Berichte des staatlichen Inspektors gab es am 1. April 1912 53 anerkannte Arbeitslosenfonds mit 111 187 Mitgliedern. Am 31. März 1913 waren es 55 mit 120 289 Mitgliedern, darunter 12 852 (10,7 Proz.) weibliche. 45,8 Proz. wohnen in Kopenhagen mit Frederiksberg, 37,8 Proz. in Provinzialstädten, 15,4 Proz. auf dem Lande. — Die Einnahmen betragen 3 055 919 M., wovon 1 598 250 M. auf Mitgliederbeiträge, 424 617 M. auf Gemeinde-, 933 569 M. auf Staatszuschüsse (für 1911/12) entfallen. Die Ausgaben beliefen sich auf 2 143 780 M., davon 1 780 780 M. für Geld-, 110 138 M. für sonstige Unterstützungen, 54 875 M. für Arbeitsnachweis, 217 988 M. für sonstige Verwaltungsausgaben. Der Ueberschuß war also 912 139 M. Das Gesamtvermögen war am 31. März 1913 2 704 083 M., 22,50 M. auf das Mitglied. — Insgesamt wurden im Berichtsjahre an Mitglieder von 53 Fonds Unterstützungen für 1 173 557 Tage, im Durchschnitt rund 10 auf das Mitglied, gegen 12 im Vorjahre, ausgezahlt. Mit Einrechnung der Zeit, für die keine Unterstützung zu zahlen war, war die Zahl der arbeitslosen Tage für die Mitglieder der 53 Fonds, von denen Berichte vorliegen, 2 304 276, im Durchschnitt rund 22 (im Vorjahre 24).

Aus aller Welt.

Balkanabzug.

Stettin, 27. Mai. In dem kleinen Offiziersklub Danzin wurde heute vormittag ein Freizeitspiel geföhrt, bei dem von Norden, über das Meer kommend, mit rasender Geschwindigkeit näherzie, etwa fünf Kilometer vom Strande entfernt plötzlich aus beträchtlicher Höhe in die See. Der Lotsenkommandant von Steinemünde ließ sofort mehrere Dampfer nach der Unfallstelle abgehen, es gelang aber bisher nicht, den Ballon zu bergen. Da man nun aber auch mit dem Glatz vor dem Absturz keine Passagiere im Ballonkorb entdecken konnte, wird vermutet, daß es sich um einen unbemannten Fesselballon aus Schweden handelt, der sich bei dem herrschenden Sturm losgerissen hat.

Verhaftung zweier Mädchenhändler.

Düsseldorf, 27. Mai. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurden zwei verächtliche Mädchenhändler in dem Augenblick verhaftet, als sie zwei Mädchen ins Ausland verschleppen wollten.

Völsartige Studentenstreiche.

Bonn, 28. Mai. Die Studenten der Philologie Hans Reis und Hermann Rathke aus Wiesbaden hatten im letzten Wintersemester acht Unversitätsprofessoren, darunter dem Unversitätsrektor und der Gattin desselben unflätige Schmähschreiben geschickt. Sie hatten ferner am Schwarzen Brett einen früheren Rektor der Winterferien belampegelt und das Korps Borussia vor den Unversitätsrichter geladen, der gleichfalls anonyme Briefe erhielt. Auch in die kunstbistorische Abteilung der Unversität drangen sie ein und beschädigten Kunst- und Lehrgegenstände, zerstörten Tische und Bänke usw. Reis hatte in einem Briefe an einen Theologie-Professor den Marienkäfer verpöthet. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichtes verurteilte Reis zu 10 Monaten und Rathke zu 7 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 8 und 2 1/2 Jahren beantragt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Vergammelles.

Langenbrunn, 27. Mai. Auf Höhe Bollmünd wurden zwei Vergamte unter hereinbrechenden Gewittermassen begraben. Der Vergamte Krah konnte nur als Leiche geborgen werden, sein Kamerad wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Erbsünde.

Frankfurt a. d. E., 27. Mai. Große Erdmassen schoben sich heute früh auf der Strecke Berlin-Frankfurt oder nahe der Station Rosengarten in Bewegung und bedeckten das neue ausgegebene Gleis. Mehr als 150 000 Kubikmeter gerieten aus noch nicht aufgeführten Ursachen ins Gleiten. Sie bedekten in einer Höhe von 60, einer Länge von 300 und 50 Meter Breite das Gelände. Der Schaden wird auf 400 000 M. geschätzt. Es handelt sich bei den Erdarbeiten um die Tieflegung der Strecke.

Brand einer Fabrik.

Hagenburg, 27. Mai. Die Zementfabrik Schwandorf, die erst kürzlich ein Aktienkapital von 1,6 auf 2,4 Millionen Mark erhöhte, ist in der vergangenen Nacht zum Teil abgebrannt. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

Schneefall.

Strasbourg, 27. Mai. Seit heute nacht herrscht in den hochgelegenen Teilen der Vogesen harter Schneefall bei 0 Grad Rahr. Die Berggipfel des Elsäßer Beckens sind nach der Schmelz hin mit einer Neuschneebede überdeckt.

Die Abperrung des Großglodnergebietes.

Wien, 27. Mai. Bei der heute hier abgehaltenen Hauptversammlung des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Kärnten brachte der Präsident die Nachricht über die drohende Abperrung des Großglodnergebietes (durch einen Privatbesitzer) zur Sprache. Der Vertreter der Landesregierung führte u. a. aus, daß die politischen Behörden dieser Angelegenheit ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden und alles versuchen werden, um durch die geföhrlichen Mittel eine Schädigung der Interessen des Fremdenverkehrs zu vermeiden.

Ein Zwischenfall im Bipping-Prozess.

Warschau, 26. Mai. In dem Strafprozess gegen den Majoratsbesitzer Baron Bipping ereignete sich gestern nachmittag ein sensationeller Zwischenfall. Die im Saale anwesende Gemahlin des Angeklagten erhob sich plötzlich und erklärte, sie habe eben einen Brief aus Petersburg empfangen, der über die Verurteilung des Bippers des hiesigen Druck-Verlags Auskunft gibt. Eine gewisse Lucie Suedwa schreibt ihr, der sozialistische Agitator (? Die Neb.) Roman Strzelinski, der gegenwärtig in Amerika weilt, habe ihr gegenüber das Verlöbniß abgelegt, daß er den nächsten in Terefin erschossen habe. Er sei nach Terefin gekommen, um einen Streit auf den Gütern des nächsten hervorzurufen. Er sei dem nächsten im Schlosspark begegnet und der Herr, der ihn gefasert hätte, habe ihn aus seinen Gütern vertrieben. Es sei zu einem heftigen Wortwechsel zwischen ihnen gekommen, in dessen Verlaufe er den nächsten erschossen habe. Strzelinski habe die Pressefreiheit ermächtigt, von ihrer Kenntnis Gebrauch zu machen, falls der Prozess eine ungünstige Wendung für den Baron Bipping nehmen sollte. Das Gericht hat eine Vernehmung der Zeugin in Petersburg angeordnet.

Schweres Flugunglück in Warschau.

Warschau, 27. Mai. Auf dem hiesigen Flugplatz stürzte heute während eines Uebungsfluges ein Militär-Aeroplan in das Publikum. Ein Knabe wurde auf der Stelle getödtet, eine Frau schwer und mehrere andere Personen leichter verletzt.

Deutsche Flugzeuglandung in Rußland.

Petersburg, 28. Mai. Nach einer hier eingetroffenen Meldung ist ein mit zwei deutschen Offizieren bemanntes Flugzeug im Gouvernement Plozk niedergegangen. Einzelheiten fehlen noch.

Große Hitze.

Newyork, 27. Mai. Eine furchtbare Hitze fordert viele Opfer. Seit 1880 war kein so heißer Mai zu verzeichnen.

Eisenbahnunglück.

Russland, 27. Mai. Ein Cyperzug aus Wellington, der mit voller Geschwindigkeit fuhr, ist hierzig Meilen vor Kuznetsov mit einem Güterzug zusammengefahren. Zwei Passagiere wurden getödtet und sieben verletzt.

Prognose der schöfflichen Landeswetterwarte

für den 28. Mai 1914:  
Nördliche Winde; Abnahme der Bewölkung; Temperatur wenig geändert; Nachlassen des Niederschlags.  
Wetterlage: Das Ziel befindet sich auf dem Wege nach Osten. Seine zurzeit noch trübe Wirkung ist auf den Einfluß von Teilweisen zurückzuführen, deren Ausfüllung noch nicht erfolgt ist. Hoher Druck zieht dem Tief nach, in besonderer trüger Weise ist dies im Norden von uns her der Fall. Die Wetterlage bessert sich. Sie bedingt zwar auch morgen noch nördliche Winde, führt aber zum Nachlassen des Niederschlags.  
Wasserstände der Wolbau und Elbe: Wabmeiß + 9, Warbusch + 59, Brandeis + 19, Reinitz + 78, Leitmeritz + 81, Müßig + 50, Dresden + 108.



**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Dresden.

Den Mitgliedern teilen wir hierdurch mit, daß der Kollege  
**Rudolf Eidner, Mechaniker**  
am 26. Mai verstorben ist.  
Wir werden ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren!  
[V 182] Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Dresden u. Umg.

Hierdurch allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lang-  
jähriger Kollege, der Steingutbruder  
**Richard May**  
am 26. Mai verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren. [V 100]  
Die Beerdigung findet Freitag den 29. Mai, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pieschner Friedhofes aus statt.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Die Verwaltung.

Nachdem sich das Grab über unsern lieben, unvergesslichen,  
so pflüchlich dahingegangenen Sohn  
**Fritz**  
geschlossen, sagen wir allen, die an der Unfallstelle sofortige  
Hilfe leisteten, und allen, die durch persönliche Unterstützung,  
durch Wort, Schrift, Blumenstaud, Begleitung und Tragen zur  
letzten Ruhestätte ihre innige Teilnahme an unserem schmerz-  
lichen Verlust bezeugten, unsern herzlichsten Dank.  
Dresden-Witten, 27. Mai 1914.  
[K 333] Die trauernde Familie Horschig.

Für die wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme beim  
Heimgange meiner lieben Gattin, unserer Mutter, Frau  
**Theresia Weimert geb. Beier**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten  
Dank.  
Die kietrauernden Hinterbliebenen.  
Dresden-Pieschen, 27. Mai 1914. [K 257]

**Tischler und Polster-**  
Sanberste Ausführung **Möbel** Eigene Werkstatt  
**Komplette Wohnungs-Einrichtungen**  
kauft man am besten bei [L 1570]  
**O. Liebner, Seutewitz, Dorfstraße 3.**

**W. Oesterreich** nur Schäferstr. 11  
Wir empfehlen unsere  
**Pfingststiefel u. -schuhe**  
zu billigsten Preisen  
für Herren, Damen und Kinder.  
Reparaturen gut und billig!!

**Grüne Sohlen, Marke Goliath.**  
Die besten der Welt. Preisgekrönt in allen Fach-  
ausstellungen. Unübertroffen in Haltbarkeit.  
Alleinvertrieb für Dresden-A. und Vororte  
In haben nur in den  
**Otto Hofmannschen Schuhreparaturen**  
Hauptgeschäft: **Wettinerstrasse 47**  
Filialen: **Grüner Straße 37, Reißigerstraße 69, Pauls-  
Gerhardt-Straße 17, Alt-Lößwitz 19, Lande-  
gast, Fährstraße 15, Lindenhaus.**  
NB. Wann lasse sich nicht täuschen, denn niemand anderes be-  
kommt **Grüne Sohlen, Marke Goliath.** D. O. [L 121]

**Schnittwaren - Geschält, Hänichen**  
**E. L. Kochs Nachf. C. Hasert** [K 117]  
empfiehlt täglichen Eingang von Neuheiten in **Wäsche u. Weißwaren,**  
**Kinderranzgen und Schuhen, Arbeitsachen, Hüte, Mützen.**

**Ein Mahnwort**  
richte ich an alle, die sich zum Pfingstfest elegant  
und schick kleiden wollen: Beden Sie Ihren Bedarf in  
**Herren-, Knaben- und Kinder-Garderobe**  
nur in dem bekanntesten und billigsten  
Wohnat-Garderoben-Haus von  
**S. Falik, Dresden, Gr. Brüderg. 31 II.**  
Ich offeriere zu denkbar billigsten Preisen  
ohne Rückverkauf:

Wahnzüge, wenig getragen . . . . . von 7.00 an  
Neue moderne Anzüge, gut sitzend . . . . . von 10.00 an  
Sommerpaletots und Hüter . . . . . von 10.00 an  
Bummelmäntel . . . . . von 10.00 an  
Wettertragen . . . . . von 5.90 an  
Knaben- und Kinder-Anzüge . . . . . von 4.00 an  
Stoff- und Arbeitschößen . . . . . von 1.25 an  
Koden- und Reinerzoppen . . . . . von 1.50 an  
Sämtliche Berufsstellung in jeder Preislage. [A 44]

Achten Sie genau auf Firma und Hausnummer!  
**31 S. Falik, Gr. Brüdergasse 31**

# Zur Aufklärung!

Da öfters an unsere Firma die Anfrage gerichtet wurde,  
warum man bei uns beim Kauf nicht auch (wie in anderen  
Geschäften) ein Geschenk oder Rabatt-Vergütung erhält, diene  
unserem geehrten Kundkreis folgende Aufklärung:  
Es ist gegen unser Prinzip, durch derartige unkauf-  
männische Manipulationen Kunden heranzuziehen und den-  
selben einen Gegenstand als Geschenk zukommen zu lassen,  
welchen sie indirekt mitbezahlen, denn es wird wohl jedem  
denkenden Menschen einleuchten, daß ein reeller Kaufmann  
nichts verschenken kann.

Seit unserem 28 jährigen Bestehen war und ist unser  
kaufmännisches Prinzip:  
**Solide Preise! Reelle Ware!**  
**:: Größtmöglichste Kulanz! ::**

**Wilh. Ritter & Co.**  
**Waren- u. Möbel-Kredit-Haus**  
Postplatz, Stadtwaldschlößchen, Sophienstr. 1, 1.  
Möbel-Katalog gratis und franko. [A 44]  
Auf Wunsch kostenloser Besuch unseres Herrn Vertreters.

Wo kaufen wir unsere  
**Feiertags-Stiefel und -Schuhe**  
gut und billig? Bei [K 148]  
**Schuh-Faßbinder, Potschappel, Markt 7.**  
Jökai Preis 1.50 Mk.  
**Schwarze Diamanten. Volksbuchhandlung.**

**E. PASCHKY.**  
Aus direkten Dampfverladungen Freitag vormittag  
**in blutfrischen Qualitäten:**

- Seelachs,** „Belg.“, ohne Kopf in großen Fischen, nur Fleisch 16
- Kabljan,** „Belg.“, fleische, grüne bis 4 Pfundige Bruchexemplare . . . . . 16
- Goldbarsch,** ohne Kopf, extrafeiner . . . . . 18
- Seehedte,** etwa 2 Pfundige . . . . . 18
- Seehedte,** ohne Kopf, ff. großer, delikat wie Tafelgander, in Prachtstücken . . . . . 25
- Maßgebliche gedruckte Kochrezepte gratis.**
- 1a Vollpöklinge,** fett und zart . . . . . 10 Stück 35
- Postliste mit etwa 30 Stück 105
- Für Wiederkäufer bei Entnahme größerer Posten entsprechend billiger.
- Randheringe,** nur rosen, ff. große . . . . . 10
- Bei mindestens 50 Stück das Hundert 8 Mk.
- ff. geräuch. Seelachs** in Stücken . . . . . 1/2 Pfund 15
- ff. geräuch. Schellfisch** . . . . . 1/2 Pfund 15
- ff. geräuch. Speckfundern** . . . . . 1/2 Pfund 25
- ff. geräuch. Forellentör** . . . . . 1/4 Pfund 25
- Von frischen Zufuhren: [L 213]
- Neue Matjesheringe** Stück 12, 16 bis 20
- Neue Italiener Kartoffeln** . . . . . 2 Pfund 25
- Neue Sommer-Malta-Kartoffeln** . . . . . 1 Pfund 18

**Kleine Anzeigen**  
Ein Posten zurückgesetzte  
**Herren-Anzüge**  
Jeder Anzug 20 Mk.  
**Blasewitzer Str. 22**  
gegenüber der Trinitatiskirche.  
A 187] **Willy Otto.**

**Hosen-Glitzner**  
ist bekannt  
Holen - Eckhmannstr. 66  
**Vorteilhafte Einkäufe**  
Bestimmen Sie im **Produkten- u. Grünwaren-Geschäft v. Paul Reimann, Gainsbergerstr. 10**  
Eigene Hauswirtschafterei.  
Jeden Freitag **Schlachtfest**

**5 M.**  
Neue und wenig gebrauchte  
**Sprech-Apparate** von 5.00 M. an sowie eing. Werte, Trichter, Gehäuse usw., besgl. ein Posten guter **Schallplatten** sofort spottbillig zu verkaufen.  
**Noack, Pieschen, Bürgerstr. 8.**

**Thürmer-Kaffee:**  
Hervorragend feiner Geschmack.

Ganz vorzüglich  
**Heidelbeerwein**  
in Aerobflaschen von 10 u. 20 Liter  
A Liter 50 Pf., nebst 2 Mk. Rückden-  
einlage empfiehlt franko gegen  
Nachnahme. [K 382]  
**Otto Seibert**  
**Schmieberg** (Wegist Dresden),  
geb. 10. 18. 30,  
Fahrräder 25, 30, 35, heute  
mit Jahres-Garantie 38, 40, 45,  
50, 55, 60 bis 120 Mk. zu verkauf.  
Coppelstr. 19, I. (Rein Laden).

**Guterhalt. Klappspornwag.**  
billig zu verkaufen [B 740]  
**Kesselsdorfer Straße 80, III. r.**  
**Kinderswagen** 1. 18 Mk. zu ver-  
kaufen **Dorfstr. 2, I., E. Wagner**

**12000 Zigaretten**  
2 u. 2 1/2 A. fast zu halben Preisen,  
auch in kleinsten Posten, verkauft  
nur abends **Kreuzstr. 6, 2. I.**

**Hesse**  
Dresden, Scheffelstr. 10/12  
Lager in vier Stockwerken in drei  
Gebäuden, in Ausmaß und Preisen  
A 42] wohl unerreicht.

**Nicht nur gute getragene sondern auch moderne neue Herren- u. Damengarderobe kaufen Sie am billigsten beim Mitglied des A.-R.-B. Solidarität im [B 310]**  
**I. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin**  
**Töpferstr. 1, I. Etg.**

**Hygien. Frauen-Artikel**  
Bummlwaren, Watterspigen, Konstruktionsstropfen und Teed-  
Neu! Jephür-Dauerwäsche. Neu!  
Verwand nach auswärts! [B 483]  
**Frau Noack, Cripplstr. 14 (kein Laden).**

**+ Damen +**  
empf. best. Spülapparate, Mütter-  
spritzsa. hyg. Artikel und werden  
sich bei Störung vertrauensvoll an  
**Frau Fröhlich, Sellstraße 23, I.**

**Sander & Fichtner**  
Dürkopp-  
u. Diamant-  
Fahrräder.  
Teilkzahlung gestattet.

getrag. u. neu,  
am billigsten,  
**E. Heber-**  
**gischer, Hofen, Jucketts**  
**Gr. Brüdergasse 15 I.**

**Damenrad**  
hell, elegant, sowie feiner Halb-  
renner sportlich zu verk.  
**Fahrradhaus Freiburger Straße 123.**  
Gerichtl. geir. u. neue ff. Anzüge,  
S. Ueberz., Schw. Hochrock-Anzüge  
verk. u. verleiht **Göbler, Dreßg. 8, I.**

**Rich. Horn, Potschappel**  
neben Goldenen Löwen  
Billigste Bezugsquelle f. Steinzeug-,  
Galanterie-, Glas- und Emaille-  
waren. Dauerwäsche bunt u. weiß.  
**Leibwärmer**  
Wärmflaschen f. Krankenpflege etc  
billig bei [A 184]  
**B. Hähner, Gr. Zwingerstr. 18.**  
Wir empfehlen:  
**Ich suche meine Mutter**  
Preis 60 Pf.  
**Volksbuchhandlung.**



Der sozialdemokratische Agitationsbezirk Dresden 1913/14.

(Fortsetzung.) Organisation.

Im Organisationsleben sind größere Veränderungen im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. Der 4. Kreis hat mit dem Beginn des laufenden Geschäftsjahres, der immer größer werdenden Mitgliederzahl Rechnung tragend, das Kreisstatut dahingehend geändert, daß die Kreisgeneralversammlung aus Vertretern der Ortsgruppen entsprechend ihrem Mitgliederstand zusammengesetzt wird, und nur diese sind stimmberechtigt. Es ist dies ein Modus, der den demokratischen Grundgedanken unserer Partei entspricht und bereits im 1., 2., 3., 7. und 8. Kreis eingeführt war. Die Fühlung der Kreisvereine mit dem Landesvorstand und dem Parteivorstand wird durch die gemeinschaftlichen Bezirksversammlungen aufrecht erhalten. Im verflochtenen Geschäftsjahre fanden deren vier statt, in denen der Bezirksvorstand aus acht mit dem Landesvorstand abgehaltenen Sitzungen und aus fünf Sitzungen des Parteivorstandes Bericht erstattete, und die weiter noch zu allen den Bezirksvorstand aus acht mit dem Landesvorstand abgehaltenen Sitzungen und aus fünf Sitzungen des Parteivorstandes Bericht erstattete, und die weiter noch zu allen den Bezirksvorstand aus acht mit dem Landesvorstand abgehaltenen Sitzungen und aus fünf Sitzungen des Parteivorstandes Bericht erstattete...

haben hatten, die der proletarischen Jugendbewegung Interesse entgegenbrachten, war ein sehr guter.

Die Berichte der Delegierten über den Stand der Bewegung in den einzelnen Kreisen gaben ein wechselläufiges Bild sowohl der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit wie auch der Bildungsarbeit. Neben Dresden, das eine der stärksten Organisationen im Reich besitzt, bestanden gut entwickelte Jugendorganisationen im 7. und 8. Kreis. Die drei Kreisvereine konnten über eine günstige Entwicklung ihrer noch jungen Bewegung berichten. Im 9. Kreis war dieselbe zurzeit auf Freiberg beschränkt, doch stand die Gründung weiterer Gruppen bevor. Die Berichte gaben Zeugnis von einer erfreulichen intensiven Arbeit. Vorträge, Vorlesungen, Kunst- und Musikabende förderten die Bildungsarbeit, Wanderungen, Spiele und Unterhaltungsabende den geselligen Teil. Die sehr anregend verlaufene Konferenz hat sicherlich ein gut Teil dazu beigetragen, unsere Jugendbewegung in der Provinz zu fördern. — Die von der Zentralstelle in Berlin veranstalteten Kurse zur Heranbildung von Organisationsleitern wurden von den Genossen Hermann-Broschschadewitz, Müller-Arnsberg und Miksch-Dresden aus unserem Bezirk besucht.

Ein erster Versuch mit einer längeren Vortragstour wurde von uns im Februar unternommen. Durch Rundschreiben waren die Jugendausschüsse bereits im Herbst auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht worden, doch hatten sich zuerst nur sechs Orte gemeldet, die auf einen solchen Vortrag reflektierten. Ihnen schlossen sich dann noch drei weitere an, so daß im ganzen neun Vorträge abgehalten worden sind. Eine wesentliche Förderung kann unsere Bildungsarbeit durch ein gemeinsames Arbeiten unserer Jugendausschüsse mit den Jugendsektionen der Gewerkschaften erfahren. In Dresden wurde zwischen beiden Organisationen ein Zusammenwirken auf allen Gebieten der Jugendbewegung vereinbart, und kann dadurch nicht allein wirtschaftlicher gearbeitet, sondern auch vollkommener geboten werden. Ein gleiches gilt von den Jugendabteilungen des Arbeiter-Turnerbundes, mit welchen an mehreren Orten ähnliche Vereinbarungen getroffen worden sind. Wir vermeiden die Ausschüsse, die in gleicher Weise vorzugehen gedenken, auf die Bekanntmachung der Zentralstelle in Berlin, die im Rundschreiben Nr. 5 abgedruckt worden ist. Ein Haupterfordernis für eine erfolgreiche Tätigkeit der Jugendausschüsse ist, daß ihnen geeignete ältere Genossen beigegeben werden, die sich möglichst nur dieser Aufgabe widmen sollen. Leider wird jedoch von den Jugendausschüssen darüber geflagt, daß diese diese Genossen meistens noch mit anderen Arbeiten derart belastet sind, daß ihnen verhältnismäßig wenig Zeit für ihren Verkehr mit der Jugend übrig bleibt. Deshalb muß überall darauf hingearbeitet werden, daß die dazu geeigneten älteren Genossen mit anderen Arbeiten nicht allzusehr belastet werden, so daß sie sich ihrer Aufgabe mit voller Hingabe widmen können.

Bei einer in so hohem Maße aufsteigenden proletarischen Jugendbewegung ist es bei der Stellungnahme der Gegner zur Arbeiterbewegung im allgemeinen nicht verwunderlich, daß die Behörden verächtlich, uns manigfache Schwierigkeiten zu bereiten. Für unsere Parteimitglieder wurden in erster Linie die Konfirmation und die Kirchensteuer, die Abhaltung derselben möglichst zu vereinfachen. Der erste Versuch hierzu wurde im vergangenen Jahre beim Jugendauschuss von Weinsböhla gemacht. Aber auch sonst sind unsere Jugendausschüsse mehrfachen Verfolgungen ausgesetzt gewesen. So wurde im 1. Kreis ein gar nicht bestehender Jugendverein für politisch erklärt, weil in einer losen Zusammenkunft junger Leute einige unpolitische Artikel aus der „Arbeiter-Jugend“ verteuert wurden. Ein Opfer ihrer Leberzeugung wurden ferner die Jugendleiter von Orda und Eppach, die beide wegen ihrer Tätigkeit in der Jugendbewegung als „lästige“ Ausländer ausgewiesen wurden. In Freiberg entfaltete die Polizei einen ganz besonderen Eifer, der sehr im Gegensatz zu der dortigen noch jungen Bewegung stand. Durch polizeiliche Überwachung des Versammlungsortes und andere Maßnahmen suchte man die jungen Leute vom Besuch der Versammlungen abzuhalten. Und als alles dies nichts half, sollte durch Bestrafung eines Vaters und seines Sohnes wegen Uebertretung der ominösen Schulordnung ein Exempel statuiert werden. Bei all diesen Kämpfen hat der Bezirks-Jugendauschuss mit Rat und Tat eingegriffen. Wir haben vor allem versucht, den Jugendorganisationen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verordnungen Instruktionen zu geben. — Im Bereiche des ost-sächsischen Agitationsbezirk bestanden am Jahresabschluss 26 Jugendausschüsse, zu denen noch die Jugendorganisationen der drei Dresdner Wahlkreise kommen. Von diesen 26 Jugendausschüssen haben 25 einen Jahresbericht eingefandt. Es wurden von denselben insgesamt 1233 Veranstaltungen getroffen, die sich auf alle Gebiete des Wissens und der Unterhaltung erstreckten und sich zum größten Teil eines guten Be-

suches zu erfreuen hatten. In den meisten Fällen fanden diese Zusammenkünfte wöchentlich statt. Am 31. März 1914 verzeichneten diese 25 berichtenden Ausschüsse 1525 männliche und 323 weibliche Jugendgenossen, insgesamt also 1848 Mitglieder. Die Einnahmen dieser Jugendausschüsse betragen im vergangenen Jahre 5767,55 M., während sich die Ausgaben auf 4871,15 M. beliefen. Im Jahresabschluss war noch ein Massenbestand von 961,63 M. vorhanden, während drei Jugendausschüsse über eine Mehrausgabe von 65,23 M. berichteten. Rechnen wir zu diesen Mitglieder- und Massenbeständen die allerdings meist kleineren Jugendausschüsse hinzu, die keinen Jahresbericht eingefandt haben, so können wir wohl mit Betriedigung auf die proletarische Jugendbewegung in unserem Bezirk sehen. In diesen Angaben sind jedoch die Jugendorganisationen der drei Dresdner Wahlkreise nicht inbegriffen, da sie einen eigenen Jahresbericht herausgeben.

Auch die Jugendheimfrage ist in einer größeren Anzahl von Ortschaften in zufriedenstellender Weise geregelt. In Dresden sind zwei große Jugendheime, die auch den weitgehendsten Ansprüchen genügen, mit bedeutenden Kosten geschaffen worden. In Freiberg, Meißen und Riesa befinden sich ebenfalls anteingeweihte Jugendheime in eigenen Häusern. Ferner unterhielten noch 12 Ausschüsse Jugendheime in Schenkwirtschaften, von denen für neun eine Miete von 75 Pf. pro Abend bis 50 M. pro Jahr bezahlt wurden, während drei kostenlos zur Verfügung standen. Naturgemäß war auch der Verkehr zwischen dem Bezirks-Jugendauschuss und den einzelnen Ausschüssen in der Provinz ein lebhafter. Wir haben im ganzen 182 Postausgänge zu verzeichnen, denen eine noch etwas höhere Anzahl von Eingängen gegenübersteht. An Beiträgen hatte der Bezirks-Jugendauschuss eine Gesamteinnahme von 925 M., der eine Ausgabe von 688,08 M. gegenüberstand, so daß wir am Jahresabschluss noch über einen Massenbestand von 236,92 M. verfügen konnten. — Der Gedanke der freien Jugendbewegung hat überall festen Fuß gefaßt. Nun gilt es weiter zu arbeiten, die Organisationen auszubauen und die Bildungsmittel zu vertiefen.

Der Wahlfonds

ist geschaffen, um bei allgemeinen Wahlen der ärmeren Kreise unseres Bezirkes helfend zur Seite zu stehen. Diese Einrichtung wurde nach den Reichstagswahlen 1907 von den drei Dresdner Kreisen ins Leben gerufen, und erfolgt auch jetzt noch die Anammlung der Gelder in der Hauptsache durch dieselben. Seit dem vorigen Geschäftsjahre sind allerdings auch die Kreise, die den Fonds infolge ihrer bescheidenen finanziellen Verhältnisse in Anspruch nehmen müssen, zur Auffüllung desselben mit herangezogen worden. Es soll umzuwenden der Wille von jener Seite anerkannt werden, auch ihren finanziellen Teil an den immer größer werdenden Wahlkosten mit zu tragen. Immerhin aber muß man die eingegangenen Beiträge aus diesen Kreisen als recht minimal bezeichnen angesichts der Tatsache, daß die demnächst bevorstehenden Wahlkämpfe immer näher rücken. Die allgemeine wirtschaftliche Depression soll durchaus nicht verkannt werden, wenn auch von derselben die Arbeiter der Großstadt in gleichem Maße, wenn nicht noch heftiger betroffen werden, als in der Provinz. In Anbetracht der ganzen politischen Situation sei deshalb bei dieser Gelegenheit an die Vorstände und Beitragskomitee der finanzschwachen Kreise die Warnung gerichtet, im kommenden Jahre den Betrieb der Wahlen für den gemeinschaftlichen Wahlfonds energisch zu fördern.

Abrechnung des Wahlfonds.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes entries for 31. März 1913 vorhandenes Barvermögen (15 493,47 M.), 1. Kreis bis 31. März 1914 abgelieferter Betrag (151,50 M.), and 31. März 1914 vorhandenes Barvermögen (20 800,29 M.).

(Fortsetzung folgt)

Bereinskalender für Freitag.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. Kreis, Bezirk Gittersee. Göttsch, Burgl, Schiedge und Kleinmannsdorf. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Rehböschung in Gittersee. Bezirk Deuben-Riederhöllich. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof in Niederhöllich.

Victoria-Salon

Olga Desmond in ihren eigenartigen Tänzen; Georg Vitis, Lampenmaler; The great Mariola u. Co., grosser Balance-Akt; Miss Lona mit ihrem dressierten Pony und ihren Hunden; Gustav Bertram, die Simplicissimus-Type; Komiker Marienlein mit Ensemble in „Gottlieb geht bummeln“. Einlass 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

als neu und besonders rücksichtslos zu bezeichnen sind, sollen hier noch die Ausweisungen von „lästigen“ Ausländern erwähnt werden. Im Bezirk Dresden sind uns vier Ausweisungsfälle aus dem letzten Geschäftsjahre bekannt geworden. Unsere Genossen möchten wir bei dieser Gelegenheit ermahnen, uns bei etwa vorkommenden künftigen Ausweisungsfällen rechtzeitig durch Zustellung des Materials in Kenntnis zu setzen, damit dieses Verfahren auch an anderer Stelle gekennzeichnet werden kann.

Tätigkeit des Bezirks-Jugendauschusses.

Die fortschreitende organische Durchbildung unserer Jugendbewegung führte in den letzten Jahren zur Gründung der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ mit dem Sitz in Berlin. Die notwendige Ergänzung derselben sind die Bezirks-Jugendauschüsse, die den örtlichen Jugendbewegungen ein Stützpunkt auf allen Gebieten der Jugendbewegung sein sollen. Wir haben im vorigen Jahre über die Gründung eines Bezirks-Jugendauschusses für Ost-sachsen berichtet. — Nach den einleitenden Arbeiten, über die im Vorjahre berichtet wurde, haben wir eingehend die dem Bezirks-Jugendauschuss obliegenden Pflichten besprochen und folgendes Arbeitsprogramm aufgestellt. Zu den Aufgaben des Bezirks-Jugendauschusses gehören:

- 1. Eine eingehende Pflege der Statistik.
2. Beratung und Unterstützung der Jugendausschüsse gegen Maßnahmen der Behörden.
3. Herausgabe von Agitationsmaterial und einheitliche Regelung der Organisationsformen.
4. Die Förderung eines gezielten Zusammenwirkens mit den beigeordneten Erwachsenen.
5. Veranstaltung von Vortragstouren, Vermittlung von Referenten sowie Förderung aller Bildungsfragen.
6. Vermittlung des Verkehrs mit der Zentralstelle in Berlin.

Zur Durchführung dieses Arbeitsplanes erschien uns eine eingehende Information über den zeitlichen Stand der Jugendbewegung in unserem Bezirk unerlässlich. Ferner war uns eine Ausprache mit den Genossen über die Aufgaben der neuen Initiative erwünscht. Zu diesem Zweck wurde die 1. Bezirkskonferenz der Jugendausschüsse einberufen, die am 12. April 1913 in Dresden stattfand.

Der Besuch der Konferenz, zu der wir außer den Jugendausschüssen auch die Arbeiterorganisationen ein-

Advertisement for Salamander shoes. Features a large salamander logo with the text 'Tragt BRAUNE SALAMANDER' and 'Salamander Schuhges. m.b.H. Berlin'. Address: Niederlassung: DRESDEN, Seestraße 3.

Vertical text on the left margin: 8, 1gen, züge, Str. 22, Otto, tznor, 5, M., ein, 15, pel, R, ter



# Handel und Industrie.

## Kohlenindustrie.

Wie wenig von einer wirklichen Produktionsregelung durch Kartelle, und wozu sie noch so straff organisiert, die Rede sein kann, zeigen die Verhältnisse, die sich unter der Herrschaft des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials in der Kohlenproduktion herausgebildet haben. Die vom Kohlenindustrials in Aussicht genommene Beschäftigung von 45 Prozent der gesamten Kohlenproduktion dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erreicht werden, es wird vermutlich im laufenden Monat nur ein Absatz von ungefähr 40 Prozent erzielt werden können. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung charakterisiert die Lage auf dem Kohlenmarkt durch folgende Feststellungen: Einerseits lagern die Zechen wieder Kohle, sie haben außerdem noch Waggonscharen, und verschiedene Kohlereien sind stillgelegt worden. Mit Sieb- und Brechmaschinen sind die Zechen für die Jahreszeit entsprechend gerüstet. Andererseits werden aber ständig neue Kohlereien in Betrieb gesetzt, durch die weitere große Mengen auf den Markt geworfen werden, so daß zwischen dem vermehrten Angebot und der ständig zurückgehenden Nachfrage ein Mißverhältnis herausgebildet hat. In welcher Weise die Erzeugung von Kohle steigt, läßt sich an den Produktionsziffern erkennen. Diese erfordern im vergangenem Jahre eine Produktion von rund 1.000.000 Tonnen. Eine weitere Steigerung wird nicht ausbleiben; schon jetzt liegen wieder Anträge auf Erweitierungen für neue Zechen und auf unabhängige Festlegung bis zum 1. Oktober d. J. vor, deren Höhe 1 Million Tonnen übersteigt. Weiter kommen noch Anträge auf neue Erweitierungen zum 1. April d. J. hinzu. Eine Anzahl Anträge sind so weit fortgeschritten, daß sie zum Teil abgelehnt werden, aber immerhin wird der Zuwachs ganz erheblich sein. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß zum 1. Juni d. J. auch die Zeche Graf Wilmard noch mit einer neuen, ihr durch Schiedsgericht zugewilligten Ziffer von 300.000 Tonnen die Zahl vermindert. Soweit dürfte sicher sein, daß die Erzeugung bis Ende des Jahres noch weiter zunehmen wird. Die Tatsachen beweisen, wie hallig die Behauptungen des Kohlenindustrials sind, das rheinisch-westfälische Kohlenindustrials habe eine gleichmäßige Entwicklung der Kohlenindustrie erzielt. Wahr ist, daß das Kohlenindustrials die Inlandspreise gleichmäßig hoch gehalten hat. Diese Preissteigerung beruht aber nicht auf künstlicher, sondern auf natürlicher Verknappung der Kohlen. Der Privatmarkt zog um 1/2 Prozent auf 2 1/2 Prozent an.

## Wolle.

Politische Bedenken ob der Entwicklung der albanischen Frage treten an der Berliner Wollmarktbesprechung in den Hintergrund. Im Anschluß an die bessere Tendenz der Anlaufbörsen war die Haltung überwiegend fester. Weiterhin bewies die Spekulation auf den Bericht des Stahlwerksverbandes, in dem aufgeführt wird, daß die Geschäftslage keine Verschlechterung erfahren habe. Dabei erfuhr das Geschäft auf den meisten Gebieten jedoch keine nennenswerte Belebung. Der Privatmarkt zog um 1/2 Prozent auf 2 1/2 Prozent an.

**Wolle.** Das Geschäft am Berliner Wollmarkt hielt sich in sehr engen Grenzen. Die Preise stellten sich für Fülllieferung auf 129, W. für Dezember auf 130, W. Dancaian wurde mit 315 W. aufgetragen mit 310 W. bezahlt. Die Preise verließen sich für 100 Kilogramm.

**Zur Monopolisierung der Margarineindustrie.** Mit dem Margarineaktuell befaßt sich auch die Generalversammlung der Margarinefabrik A. Schindl u. P. in Hamburg-Ranzheim. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Wasserer, erklärte, die Bestrebungen des englisch-holländischen Konzerns bezweckten anscheinend eine monopolistische Machtposition in der Industrie, die eine ernsthafte Gefahr für die deutschen Fabriken, den Zwischenhandel und die Konsumenten bedeuten würde. Die Vereinigung habe den überwiegenden Teil der Margarineproduktion in der Hand, was ihr die Möglichkeit eines starken Einflusses auf den Rohstoffmarkt gebe. Dieser komme dadurch in Abhängigkeit von dem englisch-holländischen Konzern, wie schon bei verschiedenen Verfassungen zu bemerken sei. Ferner überhöbe der Vereinigung stehenden Margarinefabriken werde der Einkauf erschwert, und für die Konsumenten werde das Monopol keine Verbilligung. Herr Wasserer scheint aber nicht zu wissen, daß die „trustigen“ Margarinefabriken, die sich in dem Schugverband deutscher Margarinefabriken zusammengeschlossen haben, mit den Trustfirmen von den Verträgen und Vereinigungen in sogenannte Verständigungsvereinbarungen getreten sind, denn sonst würde er die Zugehörigkeit der Schindl-Gesellschaft zu diesem Schugverband wohl als weniger bedenklich ansehen; er sprach nämlich zum Schluß seiner Rede die Hoffnung aus, daß jener Schugverband die Verhinderung des Monopols ermöglichen werde. Bei der Vertrustung in anderen Industrien hat sich noch immer gezeigt, daß die heftigsten Kampfzettel „trustiger“ Betriebe kein Hindernis für eine Einigung gewesen sind, allein die Organisation der Konsumenten kann Bürgschaften gegen eine Monopolisierung der Margarineindustrie schaffen.

**Spiegelglas und Korridorabbeil.** Die aus den Titonen Gustav Arendts, L. Haas und W. Kuntze herorgegangene Kommanditgesellschaft Vereinigte Spiegelglasfabriken in Pirna (Sachsen) mit Zweigniederlassungen in Berlin und Zürich übernahm die Korridorabbeilfabrik J. S. Nicht in Nürnberg. Aus Anlaß dieses Geschäfts erhöhen die Vereinigten Spiegelglasfabriken ihr Kommanditkapital auf 2,30 Millionen Mark.

## Unsolide Wirtschaft.

Von der Generalversammlung der Aktiengesellschaft Tonwarenfabrik Schwandorf wurde nach dem Antrage der Verwaltung zur Verneinerhand der Betriebsmittel eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,60 Millionen auf 2,40 Millionen Mark beschlossen. Zugleich erfolgte die Auflösung des Spezialreservefonds von 400.000 M., und zwar wird dieser Betrag an diejenigen Aktionäre verteilt, die die neuen Aktien übernehmen, auf je eine neue Aktie entfällt der Betrag von je 500 M. Die Gesellschaft gibt also halbe Prestalitionen aus, eine Gepflogenheit, die sonst nur geübt wird, um einen anschwellenden Gewinn durch künstliche Märgung der Dividende zahlenmäßig herabzubringen. Derartige Umstände liegen bei der Tonwarenfabrik Schwandorf aber ganz und gar nicht vor. Nach Abschreibungen von 122.327 M. gegen 125.573 M. im Vorjahr wurde für 1913 ein Reingehalt von 132.518 M. gegen 224.772 M. im Vorjahr ausgemessen, die Dividende kommt wieder mit 4 Prozent zur Verteilung. Weiter ausgenommen haben die Verpflichtungen der Gesellschaft, deren Bilanz eine sehr starke Anspannung erkennen läßt. Unter diesen Umständen trägt die Ausgabe von halben Prestalitionen einen besonders unfaulen Charakter.

**Versteigerungsbearbeitungen in der Spiritusindustrie.** Seit einigen Tagen beräuhet von Vorberathungen einer neuen Zusammenfassungsbewegung in der Spiritusindustrie, und zwar soll eine Fusion der Norddeutschen Spirituswerke und der Dampf-Kornbrennerei und Brechhefefabriken beim Felding in Hamburg, zwischen denen bereits ein Interessengemeinschaftsvertrag besteht, beschlossene werden. Die beteiligten Gesellschaften sollen weiter eine Hamburger Metallfabrik erwerben. Außerdem wird zwischen der Breslauer Spiritusfabrik und den Ostpreussischen Spirituswerken, die gleichfalls schon in engen Beziehungen stehen, über eine mögliche Vereinigung verhandelt. Diese

verschiedenartigen Zusammenfassungen bilden einen Teil des Vertrustungsprogramms der Spiritusindustrie, das besonders durch die Gründung der Vereinigten Spirituswerke G. m. b. H. unter Führung des Generaldirektors der Spirituszentrale wieder ein erhebliches Stück vorwärts gekommen ist.

**Betriebsreinstellung in der Zinkindustrie.** Der Zinkindustrieverband hat, wie wir kürzlich meldeten, vom 1. Mai an eine Produktionsreinstellung beschlossen. Jetzt stellt die Oberdeutsche Zinkindustrie-Aktiengesellschaft infolge schlechten Geschäftsganges den Betrieb ihrer Franzhütte ein. Die Jahreserzeugung dieser Hütte an Bleiglanz und Zinkstaub wird auf 1 Million Mark angegeben.

## Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag. Hamburg, 26. Mai.

In der Diskussion über die Geschäftsberichte gingen mehrere Delegierte auf den Stettiner Streit ein, der dem Verband ein schönes Stück Geld gekostet hat und doch ergebnislos verlief. Man stellte sich allgemein auf den Standpunkt, daß in Zukunft unbedingt das Streikreglement eingehalten werden müsse. In der Agitation müßten größere Anstrengungen gemacht werden. Bedauerlich sei, daß nicht nur von gegnerischen Organisationen und sogenannten neutralen Vereinen, sondern auch von Freigewerkschaften in oft sehr unaufrichtiger Weise gegen den Gemeindearbeiterverband gearbeitet werde.

Wie ein roter Faden zogen sich die Klagen über Grenzfreizügigkeiten durch die Debatte. Da mehrere Redner das Verhalten einzelner Gewerkschaften als nicht im Einklang stehend mit der Resolution des Hamburger Gewerkschaftsverbandes über die Grenzregulierungen bezeichneten, führte der Vertreter der General-Kommission, C. G. H. (Berlin), an: Um die immerwährenden Grenzstreitigkeiten etwas einzuschränken, schlägt die General-Kommission im Einverständnis mit der Vorläufig-Konferenz ein Schlichtsgericht vor, dem alle Grenzstreitigkeiten zwischen den Organisationen überwiegen werden sollen. Das Urteil soll für beide Parteien verbindlich sein. Gehen schließlich sich ferner der Auffassung der Gemeindearbeiter an, der Betriebsorganisation gegenüber die Hamburger Resolution. Aufgabe der Gemeindearbeiter ist es, durch eine massvolle Propaganda für die Idee der Betriebsorganisation zu wirken und dadurch eine Aenderung der Hamburger Resolution auf dem Münchner Kongress anzustreben (Vorschlag).

Generalsekretär (Brandenburg-Pommern) Brandmarke schärfte das Verhalten der Stettiner Stadtverwaltung bei dem dortigen

Streik. Ein Vertreter der dortigen Stadtbehörde bezeichnete es als eine schändliche Willkür, Frau und Kind mitarbeiten zu lassen, falls der Mann nicht genügend verdient. (Bewegung).

Generalsekretär (Brandenburg-Pommern) (Brandmarke) schärfte dem gedruckten Bericht des Vorstandes. Vieles darin sei sachlich unrichtig.

Seibald (München) schloß sich der Kritik Hedemanns an dem Vorstandsbericht an. Dem Generalsekretär müsse mehr Selbstständigkeit eingeräumt werden. Um die Agitation zu erleichtern, sollen die Lichtbilder vorgetragen mehr wie bisher in den Häusern eingeführt werden. C. G. H. (München) beklagte sich besonders über die unaufrichtige Konfuzierung der Metallarbeiter.

C. G. H. (München) polemisierte gegen die Generalsekretär Hedemann und Seibald, deren Art der Kritik nicht im Interesse des Verbandes liege.

Dugly (Berlin) hielt in der Resolution, die dem Münchner Gewerkschaftskongress zur Regelung der Grenzfragen vorgelegt wird, eine Verschärfung des heutigen Ausnahmestandes, in dem sich der Gemeindearbeiterverband befindet.

Zu seinem Schlußwort ging der Verbandsvorsitzende W. G. hauptsächlich auf die Bemerkungen Hedemanns und Seibalds ein. Wenn der letzte Jahresbericht einige Mängel aufweise, so habe das seinen Grund darin, daß gleichzeitig mehrere Angehörige des Verbandsverbandes erkrankt waren. Daneben habe die Unaufrichtigkeit der Arbeiter einiger besonderer Ressorts zu wünschenswerten Mängeln geführt.

Dem Vorstand wurde sodann einstimmig Entlastung erteilt. Beisetzungen wurde, unter den Arbeitern der Beisetzungsämter und Militärbehörden eine regere Propaganda zu entfalten, für die Frauen ein besonderes Augenmerk herauszugeben und zur Agitation in dunklen Orten besondere Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf einer einigabereinigten Konferenz der Grenzregulierungs- und Willkürabfuhrbetriebe, in der Grenzregulierung und im Annehmen der beschäftigten Kollegen soll ein Vortrag über die Schlichtsgericht dieser Verträge und über die notwendigen Änderungen gehalten werden. Von dem Reichstag soll das gesetzliche Verbot der 24 stündigen Beschäftigung gefordert werden.

Teleph. 14 890 (A 39) Linien 5 u. 7

**Tymians Thalia Theater!**

Görlitzer Str. 6 Anf. 8 Uhr 20 Sonn. 3 Vorstell.

Sonntags 11 Uhr Fideles Frühstücken m. Vorstellg. 15, 25 u. 35 Pf. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!

Vorzugskarten Wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Vergnügte Gesichter durch Setto Jugendstiefel

Neustadt

Goldne, silberne Ketten u. Ringe allerhand herrliche Dinge. Die billigsten und schönsten Uhren und auch die solidesten Reparaturen erhält man auf der **Frauenstraße bei Lorenz, Ecke Schöffergasse**. Darum, liebes Publikum! (L. 1806) Schau dich nicht erst lange um. Bei Lorenz laufe ein. Es wird nicht dein Schaden sein!

**Annähfüße**

Wannu 8 Paar 1.- M., Rolle 56 und 60 St. Dieselben werden auf einer Spezialmaschine gratis angehängt, gleich zum Annehmen. In Strümpfen, Trikots, Wäsche, Schürzen staunend billiger Pfingstverkauf. (B 68)

**Chemnitzer Strumpfwarenfabrik**  
Klosterstraße, Ecke Kienitzstraße.

**Schmelzers billige aber solide Fahrräder:**

Jupiter 1 Tourenrad, 45.- M.  
2 Tourenrad, 58.- M.  
3 Halbrenner, 67.50 M.  
4 Damenrad, 58.- M.  
5 Damenrad, 58.- M.

**Schmelzers hochwertige Fahrräder:**

Kant 10 für Touren 76.- M.  
17 für Sport 85.50 M.  
21 für Damen 83.50 M.  
Wannu-Opt. für Touren 88.20 M.  
für Sport 88.00 M.  
für Damen 82.00 M.  
Opt. - Sport für Touren 89.75 M.  
1. Damen 102.50 M.

**Schmelzers erstklass. Fabrikmarken**  
Wanderer, Braunauer, Opel.

Verlangen Sie Hierüber von mir Original-Fabrik-Katalog und illustrierte Preisliste 30.

**6 große Vorteile!**

**Erleichterte Zahlung**  
Mein Hauptkatalog 47 führt in Fahrrad-Zubehör Brillante Schläger. (A 76)

**Schmelzer**  
Verkauf Ziegelstraße 19.  
Filiale Magdeburg b. Pirna.

**Schweinefleisch**  
jeden Freitag und Sonnabend, 2 Pf. von 1 M. an. (B 57) Wartburgstr., Ecke Spenerstr.

Die...  
hat die...  
wirdung...  
belehrt...  
Z...  
schlägt...  
Die Dire...  
stiege...  
ein. D...  
kommt...  
bedingun...  
ne in d...  
werde...  
ne Dires...  
wird 100...  
beries...  
wird Tag...  
in Arbeit...  
bestimm...  
wurden...  
sondern...  
haben, da...  
niedrig...  
Berber...  
Direktor...  
welche...  
für die...  
Seit d...  
Arbeiter...  
haben, B...  
und K...  
beiter...  
e...  
eubere...  
gleiche...  
f...  
fierte...  
den, la...  
eben M...  
ganzf...  
f...  
setzt in...  
niemals...  
begegn...  
D...  
freib...  
wachen...  
daß ab...  
selbst...  
mill o...  
Diese...  
weise die...  
alle Ar...  
dieser...  
non den...  
lehnt; d...  
kommiss...  
Bestreit...  
über Br...  
nicht bei...  
Arbeiter...  
D...  
berien...  
triedes...  
Direktion...  
f...  
1. Wird...  
geh...  
2. Wird...  
techn...  
3. Wird...  
nicht...  
m...  
be...  
4. Frei...  
und...  
best...  
6. Wich...  
tende...  
a) ou...  
b) der...  
Als...  
Kommiss...  
ihrer...  
angest...  
Hier...  
nicht gang...  
Anzahl...  
treten...  
und o...  
gegun...  
handlun...  
Arbeiter...  
ge...  
gewählt...  
Direktion...  
kunft...  
geht...  
Die...  
welche...  
Tage...  
nicht...  
steifer...  
wieder...  
wenig...  
Arbeiter...  
schon...  
lassen...  
ausgesch...  
nicht...  
Die...  
wungen...  
dem...  
nach...  
den, die...  
seiner...  
Betrieb...  
auch...  
auf den...  
Direktion...  
antwort...  
den die...  
seiner...  
Organis...



### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

#### Die Aussperrung in der Gussstahlfabrik Döhlen.

Die Aussperrung dauert ununterbrochen fort. Die Direktion hat die Verhandlungen abgebrochen. Die Ursachen und die Entscheidung dieser Aussperrung sind interessant genug, um eingehend besprochen zu werden.

Die Former und Gießereiarbeiter hatten der Direktion Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterbreitet. Die Direktion lehnte die wichtigsten Vorschläge ab. Die Former und Gießereiarbeiter beschloßen den Streik und reichten ihre Kündigung ein. Die Direktion machte hierauf durch Anschlag bekannt, daß, wenn die Belegschaft der Gießerei die Kündigung nicht bedingungslos zurückzieht und vollständig zur Arbeit erscheint, der Streik der Arbeiterkraft gekündigt und das Werk stillgelegt werde. Die Former und Gießereiarbeiter traten in den Streik und die Direktion kündigte daraufhin allen Arbeitern, die auch bis auf jetzt 100 ausgesperrt wurden. Das es mit der „Einkriegung“ des Werkes nicht ernst gemeint war, ging daraus hervor, daß bereits zwei Tage nach der erfolgten Aussperrung wieder circa 40 Arbeiter in Arbeit treten sollten. Kurz darauf erfolgte wieder eine Veranlassung, in der noch mehr Abteilungen zur Arbeit bestellt wurden. Die Arbeiter kehrten aber nicht sofort zur Arbeit zurück, sondern sie wollten von der Direktion erst bestimmte Garantien haben, daß sie keinen Arbeiter Schwierigkeiten bezüglich seiner Verdienstmöglichkeit macht und niemand den Eintritt in den gelben Werkverein annimmt. Auf die diesbezüglichen Fragen verlas Herr Direktor Pfeifer folgende Erklärung der Direktion:

Wir haben Sie hierher bestellt, um Ihnen mitzuteilen, welche Maßnahmen wir bezüglich der Arbeiter in unserem Werke für die Zukunft zu treffen gedenken. Wir werden auch weitere Verhandlungen nur durch Sie führen, da der frühere Arbeitszustand infolge der Kündigung aufgelöst ist.

Wie Sie aus dem Anschlag an den Portierhäuschen ersahen haben, beabsichtigen wir, von morgen an die Arbeit im Stahlwerk und Nebenbetrieben nach und nach wieder aufzunehmen und Arbeiter nach Bedarf einzustellen.

Ebenso liegt die Absicht vor, in den nächsten Tagen die anderen Betriebe je nach der Höhe der vorliegenden Aufträge in gleicher Weise wieder zu eröffnen.

Wir betonen, daß wir Arbeiter, und zwar auch organisierte, nach unserem Ermessen einstellen werden, lassen aber keinen Zweifel darüber, daß wir in Zukunft jeden Arbeiter, der einen anderen nicht sozialdemokratisch (i. d. organisierten Arbeiter in irgend einer Weise belästigt oder drangsalirt, oder der durch aufreizende Reden Unruhe und Unzufriedenheit in der Arbeiterchaft hineinträgt, sofort entlassen werden.

Wir betonen ferner, daß wir auch in Zukunft Teilzeitarbeiter mehr zulassen, solchen vielmehr jetzt in gleicher Weise begünstigt werden, wie dies jetzt geschieht ist.

Zur Frage 2 bemerken wir, daß wir mit Rücksicht auf die freibleibenden Belegschaften, die der Werkverein verfolgt, kein Ansehen im Interesse der Arbeiterkraft nur begründen können, daß aber die Direktion es jedem Arbeiter überläßt, selbst zu bestimmen, ob er in den Verein eintritt oder nicht.

Diese Antwort kennzeichnet jedenfalls, welche Verhandlungsweise die Direktion den Arbeitern angedeihen läßt. Erst wird sie alle Arbeiter auf die Straße, und dann will sie gnädig einen Teil dieser Arbeiter „nach eigenem Ermessen“ wieder einstellen. Die von den Arbeitern gewählte Verhandlungskommission wird abgelehnt; die Direktion schreibt den Arbeitern eine Verhandlungskommission vor. Jeder Arbeiter kann selbst bestimmen, ob er dem Werkverein beitreten will oder nicht; das heißt nach der jetzt gegebenen Praxis: Wer selbst bestimmt, dem Werkverein nicht beizutreten, bekommt auch keine Arbeit! Die Arbeiter sollten hierauf folgende Resolution:

Die am 19. Mai 1914 tagende Versammlung der ausgesperrten Arbeiter (ohne Former und Gießereiarbeiter) hat von der Mitteilung der Direktion über die Beibehaltung des Werkes Kenntnis genommen. Da die schriftliche Mitteilung der Direktion nicht ganz klar ist und zu Irrtümern Anlaß geben könnte, soll über nachstehende Fragen nochmals verhandelt werden:

1. Wird die Aussperrung für alle ausgesperrten Arbeiter aufgehoben?
2. Werden alle ausgesperrten Arbeiter, soweit dies betrieblich möglich, sofort wieder eingestellt?
3. Werden die Arbeiter, die aus betrieblichen Gründen nicht sofort wieder eingestellt werden können, sobald als möglich eingestellt und ihrer Bedürfnisse, ehe andere Arbeiter an deren Plätze gestellt werden?
4. Treten die ausgesperrten Arbeiter in ihre alten Rechte ein und gilt die Aussperrung nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses?
5. Wird von keinem Beschäftigten und auch neu in Arbeit Treten verlangt
  - a) aus seiner Organisation auszutreten und
  - b) dem gelben Werkverein beizutreten?

Als Verhandlungskommission haben die Aussperrten eine Kommission selbst gewählt, da die Aussperrten die Vertreter ihrer Interessen selbst bestimmen und dieses Recht der Firma nicht zugestehen können.

Hierauf teilte die Direktion mit, daß sie die Aussperrung nicht ganz aufhebt, daß sie vielmehr von der Wiedereinstellung einer Anzahl Arbeiter Abstand nimmt. Dem gelben Werkverein beizutreten und aus der freien Gewerkschaft auszutreten, soll niemand gezwungen werden. Die Direktion erklärte im Verlauf der Verhandlungen weiter, daß sie nunmehr mit einer neuen, von den Arbeitern gewählten Kommission verhandeln wolle. Diese wurde gewählt. Die Aussperrten gaben sich mit den Erklärungen der Direktion nicht zufrieden, sondern wollten eine klare Auskunft auf ihre Fragen haben. Wie recht die Arbeiter dabei taten, geht aus folgendem hervor:

Die Verhandlungskommission wollte genau wissen, für welche Arbeiter die Aussperrung aufgehoben wird, an welchem Tage die Einstellung dieser Arbeiter erfolgt, und welche Arbeiter nicht mehr eingestellt werden sollen. Hierzu gab Herr Direktor Pfeifer die folgende Antwort: „Es werden nicht alle Arbeiter wieder eingestellt und die Direktion behält sich das Recht vor, diejenigen Arbeiter nach Bedarf wieder einzustellen, welche ihr gewohnt sind. Die frühesten Mitglieder des Arbeiter- und stammlösen-Ausschusses werden in ihrer Eigenschaft als solche nicht ausgeschlossen. Ob Einzelne davon ausgeschlossen werden, kann jetzt noch nicht gesagt werden.“

Die Direktion hatte zwar zugesagt, daß kein Arbeiter gezwungen werden solle, aus seiner Gewerkschaft auszutreten und dem gelben Werkverein beizutreten. Die Arbeiter hielten es aber doch für geboten, anzufragen, ob auch die Meister angewiesen werden, dies zu befolgen und keinem Arbeiter Schwierigkeiten wegen seiner Organisationszugehörigkeit zu machen. Da Agitation im Betrieb verboten ist, wollten die Arbeiter auch wissen, ob sich dies auch auf den Werkverein bezieht. Auf diese zwei Fragen ist die Direktion die Antwort schuldig geblieben. Sie will sie später beantworten, obwohl die sofortige Beantwortung doch leicht ist, nachdem die Direktion erklärt hat: es wird niemand gezwungen, aus seiner Organisation aus- und dem Werkverein beizutreten.

Der Direktion wurde daher mitgeteilt, daß ihre Antworten den Arbeitern nicht genügen, worauf sie erklärte, daß sie weitere Verhandlungen solange für zwecklos erachte, als nicht zu der Antwort auf Frage 1 endgültig in ihrem Sinne Stellung genommen worden ist. Damit hat die Direktion die Verhandlungen abgebrochen! Die Arbeiter, die erst grundlos entlassen wurden, sollen sich alle wieder zur Arbeit melden, denn will die Direktion die ihr genehmen weiter arbeiten lassen, die anderen aber bleiben ausgesperrt!

Somit die Entwicklung und der Stand der Aussperrung. Wir müssen gestehen, daß bei all den Aussperrungen, die wir in Dresden und Sachsen erlebt haben, eine derartige verächtliche Verhandlungsweise der Arbeiter noch nicht vorgekommen ist. Im Schreiben der Firma an Arbeiter heißt es: „An den Walzer N.N.“ Unterzeichnet sind die Briefe ohne „Achtungswort“ mit „Hohmann“. Die einfachste Anstandsform wird dem Arbeiter gegenüber verweigert.

Was bei keinem größeren Streik und keiner Aussperrung fehlen darf, fehlt auch in Döhlen nicht: Polizei und Arbeitswillige! Diese „schmerzlichen Arbeiter“ führen den Namen „Arbeitswillige“ eigentlich zu unrecht, denn sie sind alles andere als arbeitswillig, sondern zum größten Teil recht arbeitsunwillig. Daß diese „Arbeitswilligen“ immer unter starker polizeilicher Begleitung ankommen und auch sonst immer Polizei in deren Nähe haben, ist jedenfalls sehr verdienstlos. Nach den Vorkommnissen der letzten Zeit ist es dringend notwendig, daß diese Elemente von der Polizei gut bewacht werden, damit sie den Aussperrten und Streikenden keinen Schaden zufügen. Wir nehmen wenigstens an, daß das harte Polizeigebot nur zum Schutz der Arbeiter und der Einwohner des blauenischen Grundbesitzes mobil gemacht wurde.

### Inland.

#### Der Buchdruckerverband im Jahre 1913.

Der Jahresbericht des Buchdruckerverbandes für 1913 ist ein sehr interessanter Bericht, da am 1. September d. J. 25 Jahre verfließen waren, seit der Bld. des Verbandes nach Berlin verlegt wurde und Emil Tschöke die Leitung übernahm. Es gibt wohl keine zweite gewerkschaftliche Organisation, die in solchem Zeitraum eine gleiche Entwicklung aufzuweisen kann. Seit dem ein Ansehen der Mitgliederzahl von 12910 auf 69915, ein Ansehen des Verbandesvermögens allein in der Hauptklasse von 270 028 auf 10 668 111 M. Die selbige Fluktuation ist dem Buchdruckerverbande gänzlich unbekannt. Mehr 90 Proz. der Berufsangehörigen gehören ihm an.

Die materiellen und idealen Erfolge in den 25 Jahren können sich recht wohl sehen lassen. Der Lohn wurde im ganzen Verbandsgebiete um 31 Proz. erhöht. Durch die Bestimmungen des Tarifvertrages, der in 10 aufsteigende Stufen und einheitlicher Durchführung seiner Bestimmungen nicht hat, sind für besondere Gruppen (Nahmaschinen) noch feststehende Zuschläge geschaffen. Außerdem existieren 622 lokale Gewerkschaften (vor 25 Jahren nur 87), die für nicht weniger als 88,1 Proz. aller Beschäftigten gelten. Da die Buchdrucker überdies einen Minimallohn besitzen, so entspricht ihnen daraus noch ein anderer Vorteil: 86,4 Proz. werden zum Minimallohn entlohnt, 55,5 Proz. aber darüber. Unter Entrechnung bestimmter Spezialgruppen würde das Verhältnis noch besser werden. Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung um vier Stunden wöchentlich ist jetzt eine Wochenarbeitszeit von 63 Stunden die Regel, die von den Nahmaschinen um zwei Stunden weniger durchbrochen wird. Das Beschäftigensein ist gegen früher bedeutend verbessert: in einigen Gegenden erhalt sich jedoch noch ein merklicher Mangel. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker umfaßt nunmehr 8 500 Firmen in 2 400 Orten mit 70 000 Beschäftigten, hat also beinahe restlos alles im Gewerbe erfaßt.

Im Jahre 1913 ist auf Unternehmerseite die Scharfmacherei in weiterer Ausbreitung begriffen gewesen, die auf eine erhebliche Umgestaltung der Dinge und Jurisdiktion des Verbandes abzielt. Deshalb wird dem deutschen Buchdruckerunternehmern vor Augen geführt, wie sich in Oesterreich bei dem langen und schweren Kampfe 1913/14 zur Erneuerung des Tarifs gerade die Vermittlung des deutschen Tarifrates bewährt hat; dort hatten sich die Unternehmer von den großindustriellen Scharfmachern zu stark beeinflussen lassen.

Die Arbeitslosigkeit ist bei den Buchdruckern teils durch die wirtschaftlich unglücklichen Verhältnisse, noch mehr aber durch die Folgen der massenhaften Entlassung weiter gestiegen: 5,50 Proz. Arbeitslose, gegen 4,75 Proz. in 1912. Die durchschnittliche Dauer eines jeden Falles von Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 24,75 auf 26,50 Tage, und zur Unterhaltung der Arbeitslosen hatte ein jedes Mitglied im Jahre 1913 22,10 M. beizusteuern, gegen 20,80 M. in 1912. Im ganzen wuchsen im Berichtsjahre 1518 427 M. zur Unterhaltung der Arbeitslosen aufgewendet worden, das sind gegen 1912 rund 138 000 M. mehr. Wegen der bedeutend gewordenen Belastung wurde 1913 die Erhöhung des Verbandsbeitrags um 10 Pf. vorgeschlagen. Im ganzen führt die Buchdruckerorganisation nach Unterhaltungsangelegenheiten, unter denen die für Arbeitslose, Kranke, Kranke und Invaliden die wichtigsten sind. Das gesamte Unterhaltungsvermögen erreichte 1913 lediglich bei der Hauptklasse eine Ausgabe von 2 997 414 M., das sind 201 240 M. mehr als 1912. Trotz dieser bei 69 915 Mitgliedern gewiß höchst respektablem Leistungen vermehrte die Hauptklasse noch 889 320 M. gut zu machen, so daß mit einem Kassendefizite von 10 668 111 M. am Jahresende zum ersten Male die sechste Million Verträge überschritten werden konnte. Für Unterhaltungsarbeiten hat allein die Hauptklasse seit Bestehen des Buchdruckerverbandes 42 Millionen Mark verausgabt, mit dem Gesamtlokalen Kassensumme 64 Millionen.

### Kleine Nachrichten aus der Gewerkschaftsbewegung.

In Leipzig beschloßen infolge der Aussperrung der Wächter der Fabrikation Karl Heintz und der Ablehnung von Tarifverhandlungen mit der Arbeiterorganisation durch die Zwangsvereinbarung die bei den Zwangsmitgliedern beschäftigten Wächter am Montag abend den Streik, der Dienstag früh begann. In Röhlfhausen ist eine große Anzahl von Schreibern wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

### Ausland.

#### Gewerbliche Saisonarbeiter in der Schweiz und ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterbewegung.

Die schweizerische Fremdenindustrie hat wieder ihre Saison eröffnet. Mit den Fremden haben in den Fremdenorten auch zahlreiche gewerbliche Saisonarbeiter aus anderen Teilen der Schweiz und aus dem Auslande ihren Einzug gehalten, so namentlich Schneider, Schuhmacher, Schreiner, Sattler, Kapazier etc. Soweit es sich um unorganisierte Arbeiter handelt, muß es Sache der am Orte vorhandenen organisierten Verbandsvereine sein, sie für ihre Gewerkschaft als Mitglieder zu gewinnen. Soweit es bereits organisierte Arbeiter sind, ist von ihnen zu verlangen, daß sie ihre freie Zeit nicht nur dem Sport, insbesondere dem Vergnügen, widmen, sondern daß sie auch der Arbeiterbewegung gegenüber ihre Pflichten erfüllen. Sie sollen sich bei ihrem Eintritte sofort bei der vorhandenen Gewerkschaftsorganisation melden, um über alle Verbandsangelegenheiten unterrichtet zu sein und danach zu handeln. Das liegt auch in ihrem eigenen Interesse. Denn je härter und leistungsfähiger unsere Gewerkschaften sind, desto erfolgreicher können sie an der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Arbeitslöhne arbeiten und um so mehr freie Zeit und reichliche Mittel für den Vergnügen schaffen. In-

darum, Saisonarbeiter aller Berufe, hinein in eure Gewerkschaften, zur regen Mitarbeit an der weiteren Verbesserung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse!

### Parteilangelegenheiten.

#### Die Londoner Arbeiterpartei.

Man schreibt uns aus London: L. K. Diese Woche wurde eine Konferenz von Delegierten aller in London bestehenden gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen abgehalten zu dem Zwecke, eine Arbeiterpartei für London zu gründen, die als starker und einigartiger Faktor bei den nächsten Londoner Gewerkschaftswahlen, die nächstes Jahr stattfinden, aufzutreten soll. Viel zu lange ist diese überaus wichtige Vertretungsfunktion dem konservativen und radikalen Überlappen geblieben, und es steht außer Zweifel, daß die Arbeiterpartei es mit Einigkeit und Energie zu einer achtunggebietenden Vertretung in ihr bringen kann. Wenn die Organisation einmal besteht und fest gefügt ist, dann werden sich weitere wichtige Aufgaben und Funktionen von selbst ergeben. Die Konferenz war überaus gut besucht, erfolgreich, enthusiastisch und einmütig. Nach lebhafter Diskussion wurde ein provisorisches Komitee gewählt, das Statuten auszuarbeiten und die Organisation ins Leben zu rufen hat. Im Komitee sind die verschiedenen Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle und sozialistischen Organisationen, darunter — man braucht es zum Glück heute kaum mehr hervorzuheben — auch die B. S. P. vertreten. Es ist ein bedeutender und hoffnungsvoller Fortschritt, der voraussichtlich bald dazu führen wird, daß die Metropole einen würdigen Platz in der englischen Arbeiterbewegung einnimmt. Die treibende Kraft bei dem Unternehmen war und ist das Londoner Gewerkschaftskartell, das sich damit ein großes Verdienst erworben hat.

#### Gründung eines Parteiorgans für die Westfalen.

Nachdem die vor einigen Jahren ins Leben gerufene Genossenschaft zur Gründung eines eigenen Parteiorgans für die Westfalen, die drei Westfälische Kreisblätter, Westfälische und Dortmund umfassen, die nötigen Mittel aufgebracht hat, wurde jetzt die Westfälische Westfälische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Gesellschaft m. B. H. mit dem Siege in Kaiserlautern errichtet. Die Vorarbeiten sind soweit erledigt, daß im Laufe des Herbstes mit dem Erscheinen des neuen Blattes gerechnet werden kann.

#### Verhändlungen.

Die Strafkammer in Elberfeld verurteilte die Genossen Nerker und Christmann von der Bergischen Arbeiterstimme zu 75 resp. 200 M. Geldstrafe; ein mitangeklagter Arbeiter erhielt vier Monate Gefängnis. Der Arbeiter hatte behauptet, auf der Holzgerode mitspielen zu wollen, was nicht zutrifft. Der Vorgang war dann in unserem Solinger Parteiblatt behandelt worden. Die als Zeugen vernommenen Schlichter beschwerten, den Arbeiter nicht mitspielen zu lassen, sondern nur etwas energisch auf den Stuhl gesetzt zu haben. — Die gleiche Strafkammer verurteilte den Genossen Frankmann zu 30 M. Geldstrafe, weil er einen Verbandsbeschluss über die Solinger Arbeiterjugend vorzeitig veröffentlicht haben soll.

### Verbandstag der Holzarbeiter.

k. Dresden, 27. Mai.

Dritter Verhandlungstag (Nachmittagsagung). In der Diskussion über den Punkt: Unsere Lohnbewegung und Kampfmittel betonte der erste Redner

Winkelbach (Elberfeld), die Ausführungen Neumann hätten gezeigt, daß der Verband mit seiner bisherigen Tarifpolitik auf dem richtigen Wege sei. Eine Reihe Verbandstage hätten ausgedehnt, daß die Arbeitszeitverkürzung die barometrische und wichtigste Forderung des Verbandes sei. Bei anderen freigeberischen Organisationen sei aber auf diesem Gebiet noch recht wenig getan worden. Das sei für die Holzarbeiter ein großer Mangel. Die Arbeitgeber würden sagen, sie seien die einzigen, die eine derartige kurze Arbeitszeit hätten. Es wäre notwendig, daß diese Frage auf dem Gewerkschaftskongress zur Erörterung gebracht werde. Weiter tritt im weiteren darüber ein, daß die Forderung nach Ferien mehr als früher bei Vertragsabschlüssen in den Vordergrund gehoben wird. Der Vorstand solle eine Vorlage ausarbeiten, in welcher Weise diese Forderung erhoben werden solle. In der Frage des freien Sonnabendnachmittags sei der Beschluß des letzten Verbandstages, wonach das größte Gehalt auf die tägliche Arbeitszeitverkürzung gelegt werden soll, hochzuhalten.

Schöner (Pöhlitz) wünscht, daß bei Abschluß von Tarifverträgen den Wünschen der Maschinenarbeiter mehr Rechnung getragen wird. Für diese mühten Mindestentlohnungen festgesetzt werden. Die Arbeitszeitverkürzung müsse für jeden Tag und nicht nur für den Sonnabend verlangt werden.

Selbold (Weickert) berichtet für die Antragsberatungskommission, daß diese in der Frage des freien Sonnabendnachmittags auf dem Standpunkt des Beschlusses des letzten Verbandstages stehe. Der entscheidende Votus dieses Beschlusses betrage:

„Der Verbandstag erklärt ferner, daß das Bestreben des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei der Verkürzung der Arbeitszeit dahin gerichtet ist, nicht nur die wöchentliche, sondern die tägliche Dauer der Arbeitszeit einzusparen. In die Einführung des freien Sonnabendnachmittags kann erst einmütig herangetreten werden, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt ist. Der Verbandstag verpflichtet vielmehr die Mitglieder, die bei den Lohnbewegungen durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit jeweils auf die sechs Arbeitstage der Woche zu verteilen, um dadurch der praktischen Durchführung des Achtstundentages immer näher zu kommen.“

Dieser Beschluß solle auch weiter richtunggebend sein und die Kommission beantrage erneute Zustimmung.

Wagner (Stuttgard) kann nicht verstehen, daß die Kommission die Forderung nach Ferien für die Tarifverhandlungen noch nicht für reif hält. Diese Forderung sei mit einer Kulturfrage des Verbandes. Die Frage des freien Sonnabendnachmittags sei für Deutschland von besonderer Wichtigkeit, sie werde immer dringender. Der Beschluß des letzten Verbandstages finde bei einem Teil der Kollegen nicht Widerstand. Redner bittet um Zustimmung zu den Anträgen, die Ferien fordern.

Verbandsvorsitzender Leipzig hebt hervor, daß der Verband der größte Wächter von Ferien für die Arbeiter sei. Vorstand und Kommission hielten aber die Zeit noch nicht für gekommen, daß diese Forderung bei Tarifbewegungen allgemein aufgestellt werden solle. Den Kollegen werde aber empfohlen, in den Betrieben, wo die Durchföhrung möglich sei, diese Forderung zu erheben. Namentlich sei, daß der Verbandstag den Beschluß des letzten Verbandstages bezüglich des freien Sonnabendnachmittags erneuere. In mehreren Städten hätten die Kollegen diesem Beschluß entgegengehandelt. Dies müßte auf das entschiedenste demütigt werden. (Zustimmung) Müller (Berlin) berichtet die Wünsche der an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter, denen größeres Augenmerk gewidmet werden müßte. Der freie Sonnabendnachmittag sei erst zu fordern, wenn der Achtstundentag erzwungen sei.

Glück (Berlin) erklärt, mit den Ausführungen des Referenten und der Stellung des Vorstandes im allgemeinen einverstanden zu sein. Durch die Zusammenlegung von Bezugsgruppen würden die Wünsche der Unternehmer nach einem Reichstagsgesetz gefördert, was sehr bedauerlich sei. Die Vertragfähigkeit der Unternehmer sei nur von



geringem moralischem Wert. — Wenn eine Verfürgung der Arbeitszeit von Wert sein sollte, müßten Überstunden abgerichtet werden.

Schmalz: Sollte man nicht durch die Geschlossenheit der Organisation bei der Tarifbewegung etwas erzielt werden. Durch den Tarifvertrag sei aber in keiner Weise allen Wünschen der Kollegen entsprochen worden. Die Vertragsbestimmungen würden von manchen Unternehmern nicht eingehalten, selbst Schlichtungskommissionen richteten sich nicht danach.

Wend: Wir dürfen uns von den Unternehmern nicht in die Defensive drängen lassen, sondern müssen möglichst in der Offensive bleiben. Es scheint, daß wir nicht mehr allzuweit von dem Reichstarif entfernt sind. Bei einer derartigen Vertragspolitik geht aber das Interesse der Mitglieder für die Organisation zurück. Das sehen wir bei den Buchdruckern. (Widerspruch.)

Lee: Was die Frage der Lohnzulagen anbelangt, so ist die Lohnzulage ein Recht der Arbeiter. Die Lohnzulagen dürften nicht nur auf dem Papier stehen.

Klein-Hamburg ist mit der Tarifpolitik des Vorstandes nicht einverstanden. In Hamburg seien die Erzeugnisse von 1911, die durch Vertrag garantiert worden seien, durch Vertragsbrüche der Unternehmer vielfach wieder aufgehoben worden. Vertragsbrüche wären nur Verharmung gewesen. Bei den Tarifverhandlungen wollten die Mitglieder mehr mitberaten. Sie wollten nicht immer das, was die Führer tun und sagen als ein Evangelium hinnehmen, sondern selbst mit dabei sein. Ob die bisherige Tarifpolitik sich auch noch 1915 aufrechterhalten lasse, könne man heute noch nicht bestimmen. (Zurück.)

Wend: Man sollte Vertragsbrüche der Unternehmer möglichst mit Arbeitsentziehung beantwortet werden. Man müßte alles vermeiden, was den Verband dem Reichstarif näher bringe.

Wormann: Bremen rät, daß die Mitgliedschaften sich für einen baldigen Kampf rüsten.

Koporo: Weimar betonte, die Mitglieder müßten dazu erzo-gen werden, die Überstunden einzudämmen. In der weiteren Debatte wurden zum Teil dieselben Gesichtspunkte vorgetragen. Von mehreren Orten wurde große Unzufriedenheit mit dem Schiedsrichter berichtet. Gesagt wurde, die Lohn-erhöhungen hängen zum Teil nur auf dem Papier, die Arbeitgeber müßten sehr gut, wie man sie umgehen könne. Auf die Arbeitszeit-Verzögerung müßte das größte Gewicht gelegt werden. Die Möglichkeit, Ferien einzuführen, bestie auch in der Holzindustrie. (Schlichter-Struktur) müßte auf die Vorteile des freien Sonnabendnachmittags hin, der immer größeren Umfang annehme. Man dürfe sich der Entwidlung nicht verschließen. Dagegen würde Geride-Weißig es als eine bedauerliche Erscheinung halten, wenn der Verband mit Rücksicht auf andere Organisationen von seinem Standpunkt in dieser Frage abgebe.

Robert Schmidt (Berlin) möchte in der Frage des freien Sonnabendnachmittags nichts Bindendes festgelegt haben. Überhaupt müsse man bezüglich der Tarif recht wenig festlegen, da diese sehr oft geändert werden müßte. Keine Bewegung, die eine Bewegung sei! Im Vordergrund werde der freie Sonnabendnachmittags stehen. Da gäbe es Tausende Arbeiter, die nur Sonntags nach Hause fahren und für die darum ein früher Arbeitschluss sehr vorteilhaft wäre. Weiter bringe der freie Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen große Vorteile. Schmidt betonte ferner, bei Bewegungen müßte die Lohnfrage an erster Stelle stehen. In einer Zeit außerordentlicher Verteuerung der Lebensmittel habe diese die größte Bedeutung.

Wend: 25 Delegierte gesprochen hatten, machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende. Neumann ging im Schlußwort

auf die einzelnen Ausführungen näher ein. Arbeitszeitverfürgung und Lohnerhöhung seien auch in Zukunft die ersten Forderungen des Verbandes.

Die Abstimmung über die Resolution und die vorliegenden Anträge soll nach Behandlung des Werftarbeiterstreiks vorgenommen werden.

k. Dresden, 28. Mai.

Vierter Verhandlungstag. Zur Beratung stand heute die Werftarbeiterbewegung.

Auf Vorschlag Leipzigs sprach zunächst der als Korreferent vorgelegene Vertreter der Werftarbeiter, um zuerst deren Klage zu hören, auf die dann der Vorstandsvertreter antworten konnte.

Dann mer, Bremen, betont einleitend, das Gesamtinteresse des Verbandes erfordere, daß alle Mitglieder in ihrem Ringen mit dem Unternehmertum der Schutz des Verbandes zur Seite stehen müßte. Er gab dann ein Bild der Verhältnisse auf den Werften. Wie durch das rigorose Verhalten der Unternehmer die Kollegen er-zregt wurden, das Gefühl der Vergeltung wurde. Die Konjunktur sei bei der Bewegung 1913 eine ausgezeichnete gewesen, die Arbeiter gut organisiert. Redner ging dann auf die Bewegung näher ein. Die zuwartende Stellung des Vorstandes während der Bewegung war Berechnung. Dem Vorstand war es nicht ernst mit der Bewegung, mit einem offenen Kampf auf den Werften. Die Unent-schlossenheit der Vorstände, das Zögeln der Verhandlungskommissionen brachte es zuwege, daß das Eingreifen der Vorstände zu spät kam und aus nicht ernstgenommen wurde. War dieses Verhalten der Vorstände nicht geeignet, bei den Werftarbeitern den zurückgehaltenen Groll zur Explosion zu bringen? Die Arbeiter erblickten in dem Verhalten der Vorstände eine Verhöhnung ihrer Angelegenheit. Die Werftarbeiter waren sich bei dieser Bewegung darüber klar, daß der Kampf bis auf des Meisters Schwende geführt werden sollte. Und nun auf einmal sollten sie wieder zurückweichen, eine abwartende Stellung einnehmen. Da war es doch begreiflich, daß das Groll der Werftarbeiter sich dagegen wehrte und die Arbeiter der Firma Weimar u. Weh die Arbeit niederlegten. Sind die Werftarbeiter wegen dieser Arbeits-entzögerung zu verurteilen? Der Vorstand sagt ja, wir sagen nein. Wenn ein Disziplinbruch war es. Aber die Vorstände hätten sich in die Lage der Werftarbeiter hineinzuversetzen müssen, dann hätten sie deren Handlungsweise verstanden. Statt dessen wurde den Hamburgern die Unterjochung verweigert. Es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, Ordnung in die Bewegung zu bringen; man kam sofort mit Strafbestimmungen. Unser Vorstand hat da mitgemacht und hat sich dieserhalb hier zu verantworten. Ist der harte Nachschub des Geldes in Anwendung zu bringen, wenn die Verhältnisse zu dem Vergehen der Werftarbeiter führen müßten? Hier muß unterrichtet werden, ob die Machtverhältnisse des Vorstandes noch dieser Richtung hin reformbedürftig sind. Unser Vorstand hätte anders handeln können; er hätte sich nicht nach den Metallarbeitern richten brauchen. Die Arbeiter wurden widerstandslos dem Unternehmertum wieder ausgeliefert. Die Generalversammlung der Metallarbeiter sagte wider Erwarten den jeder Logik widersprechenden Beschluß, daß die Arbeit wieder aufgenommen sei. Ich weißte daran, daß unser Ver-bandsrat den gleichen Beschluß gefaßt hätte. Bei der Wiederauf-nahme der Arbeit hat der Vorstand keine Schritte unternommen, daß die Arbeitseinstellung ohne den Unternehmerstreik erfolgte. Warum wurde nicht verlangt, daß jeder wieder an seinen alten Platz kam?

Sie kennen die Schikanen der Unternehmernachweise! Diesen wurden die Kollegen ausgeliefert. Unsere frühere Position gegenüber diesen Nachweisen wurde durch ein einfaches Dekret der Vorstände beseitigt. Es wird schwer halten, diese zurückzugewinnen. Die Mitglieder müßten sich mit dem, was die Vorstände beschließen, abfinden. Ist es da unberechtigt, wenn in unseren Versammlungen gesagt wurde, das ist Autokratie, nicht Demokratie? Tausende müßten sich dem Willen beugen. Ein klein wenig Mitbestimmungsrecht, ein klein wenig mitreden wollen die Mitglieder aber doch auch. (Sehr richtig!) Es wurde gesagt, das Gesamtinteresse des Verbandes sei in dem Vordergrund zu stellen. Die Werftarbeiter haben aber immer das Gesamtinteresse des Verbandes gewahrt. Warum hat der Vorstand die weitere Stellungnahme nach der Generalversammlung der Metallarbeiter nicht mit den Kollegen beraten, sondern einfach dem Beschluß der Metallarbeiter Rechnung getragen? Die Einwendung, daß wir nur 8 Proz. der Beteiligten ausmachen, ist nicht stichhaltig. Die späteren Konflikte innerhalb der Organisation hätten vermieden werden können, wenn der Vorstand mit den Kollegen beraten hätte. Da ist die Frage zu stellen: auf wen ist die Schuld, mit dazu beigetragen zu haben, daß diese Bewegung diesen unglücklichen Ausgang nahm? Waren wir an der Grenze unserer Macht angekommen? Lieber diese Frage gehen die Meinungen auseinander. Ich verneine sie. Es war kein berechtigter Grund dafür vorhanden, daß der Vorstand die Bewilligung zu der Bewegung verweigerte. Der Zweck der heutigen Auseinandersetzung soll nur sein, Maßnahmen zu treffen, die Interessen der Kollegen in gemäßigter Weise besser zu wahren. Wir habe alle Ursache, daß sich solche Vorkommnisse, wie bei der Werftarbeiterbewegung, nicht wiederholen, sonst wird die Existenz des Verbandes geschwächt. Ich möchte Sie bitten, unseren Anträgen, anzustimmen. Unter der Werftarbeiterschaft herrscht Einmütigkeit. Die Vorstände müssen aber den Wünschen der Werftarbeiter Verständnis entgegenbringen. Wir wollen ein einzig Wort von Eräutern sein. Ich hoffe, daß der Vorstand in Zukunft zusammen mit den Werftarbeitern arbeiten wird, so daß solche Vorkommnisse unmöglich werden. (Beifall.)

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Briefkasten.

Reklamation. Bei festem Einkommen wird der Abschlagung des Einkommens des Steuerjahres zugrunde gelegt. Bei schwankendem Einkommen wird das Einkommen des dem Abschlagungsjahr vorausgehenden Jahres versteuert, für 1914 also das Einkommen des Jahres 1913, da 1913 für 1914 abgeschätzt wurde. Das Einkommen aus Handel-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben wird nach dem durchschnittlichen Ertrage der letzten drei Jahre berechnet. §. 2. Die Erlaubnis ist auf dem Lande bei der Ortspolizeibehörde, im Städtgebiet bei der Kreisshauptmannschaft nachzusuchen.

Krapotkin Preis 2 Mk. Gegenseitige Hilfe in der Volksbuchhandlung Tier- und Menschenwelt. Wettinerplatz 10.

Nur noch kurze Zeit! Die weiteste Reise lohnt sich jetzt zu der weit und breit bekannten Firma J. Heim. Leipziger Str. 87, an der Oschatzer Str. (Haltestelle) Dort findet jetzt ein Radikal-Ansverkauf wegen Umbaus statt. Ein Blick in meine Auslagen genügt Ihnen, sich von der Wahrheit meiner Annonce zu überzeugen. Herren- und Knaben-Garderoben Bessere Qualitäten gelangen zum Verkauf. Um die Waren möglichst vor dem Umbau zu räumen, verkaufen wir jetzt teils zu Verlust-Preisen. Herren-Anzüge, sonstiger Wert bis 45.00, jetzt 29 Mark. Herren-Anzüge, sonstiger Wert bis 36.00, jetzt 24 Mark. Herren-Anzüge, sonstiger Wert bis 25.00, jetzt 18 Mark. Herren-Anzüge, sonstiger Wert bis 20.00, jetzt 18 Mark. Herren-Stoffhosen, neueste Streifen, von 2.50 an. Schul-Anzüge für das Alter 7 bis 9 Jahre, jetzt von 4.00 an. Schul-Anzüge für das Alter 10 bis 14 Jahre, jetzt von 6.75 an. Kinder-Anzüge für das Alter 3 bis 6 Jahre, jetzt von 2.25 an. Burschen-Anzüge, nur neueste Stoffe, von 12.00 an. Einz. Knie- u. Leibchenhosen aus Stoff, von 65 Pf. an. Gehrock-Anzüge - Loden-Joppen Wasch-Joppen - Paletots - Gummi-Mäntel - Pikee-Westen - Pelerinen Einzelne Jacketts - Westen - Kletter-Hosen - Hosenträger - Sämtliche Berufsartikel. [A 47]

Mutterspritzen mit 2 Kanülen von 1.75 M. an. Spülflaschen, Leibbind., Menstruationspulver, Borfalsbind., u. Hygien. Frauenartikel Aschaffl gratis. Auf Best. 10 Frey-Pfaffel Frau Heusinger 333 37 Am See 37 333 Erster Laden vom Dippoldiswaldaer Platz. Genau auf Namen und Hausnummer achten. Jede Dame kauft am vorteilhaftesten beim weit und breit bekannten billigen Mäntel-Ulbricht Dresden - Neustadt Heinrichstraße 14-16 und [A 109] Freiburger Platz 1. K. Dietrichs Netzbettstellen Kinderwagen Klapp-Sportwagen Kinderstühle für die Besten weit und breit bekannt als billigste Quelle da kein Laden, Pillenstraße 8, pt. in d. Nähe v. Volkplatz u. Am See. Erdl. leere Stube (ab. möbliert) zu vermieten. Dobritz, Dorfstrasse 4.

Kleider-Schwemme Trompeterstr. 7 Spezial-Pfingst-Angebot Diese Woche nur für kleine Gewerbetreibende und Arbeiter enorm billiger Verkauf guter, schöner, neuer Pfingst-Anzüge und -Paletots. Anzüge 9<sup>00</sup> 13 16 19 23 25 29 Paletots 12 15 19 Ulster 15 19 25 Holen 1<sup>00</sup> 3<sup>00</sup> 5<sup>00</sup> 6<sup>50</sup> 7<sup>50</sup> Westen 1<sup>00</sup> 2<sup>00</sup> Wenig getragene, tadellose Monats-Anzüge und -Paletots aus dem Abonnements-Lager der Firma H. Esders: Anzug von 8, Paletots von 10, Hosen von 1<sup>00</sup> an. Feodor Marx. A 108

Wir empfehlen: Lehrbuch des Schachspiels. 1.50 M. Sammlung von Schach-Aufgaben. 5 Bände à 80 Pf. Lehrbuch des Damenspiels 80 Pf. Ausgewählte Kartenspiele 1 M. Rätselbuch (Mittel u. Aufgaben) 1.50 M. Volksbuchhandlung Dresden, Wollfenerplatz 10/11.

Wir empfehlen: Hygiene des Geschlechtslebens. Vom Professor der Hygiene an der Universität München Dr. M. v. Gruber Mit vier farbigen Tafeln. Ferner: Frauenleiden. (Heft 11 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.) Besteht einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. Von Dr. J. Zadeck. Preis 20 Pfennig. Beide Bücher sind zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden-N., Wettinerplatz 10.



# Leben · Wissen · Kunst

Tägliche Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 120

Donnerstag den 28. Mai

1914

Wenn man die Verweilzeit bestreift und man sich unglücklicher Weise von seiner Intelligenz befreit werden. In jedem anderen Sinne hat es die natürliche Funktion; verleiht man dies durch eine entsprechende Operation, so kann er normal werden. Nicht anders steht es mit der Frau. Hier erkrankt Frau Grubbe noch eine ganze Anzahl Jahre. Frauen, die nicht stillen können, lassen sich durch eine Operation erlösen und vernachlässigt wird der Erfolg schon unheilbar darauf. Die Befreiung der Frauen wird nicht immer sein. Es mag eine einseitige, aber unheilvolle Krankheit, die in Zukunft durch die Befreiung der Frauen zu vermeiden gemacht werden können! Die Verweilzeit hat sehr wenig.

**Stille Mitteilungen**  
Zum fünftägigen Jubiläum des Kaiserthums ist von der schlesischen Reichsanstalt in Weidberg ein Lehrgang aus Anlass im westlichen Gebiet der Provinz, nach welchem in einem zweitägigen Reise nach Gollub von Kades gehalten werden sein sollen. Der Inhalt des Lehrganges wird sich um wissenschaftliche Vorträge handeln, die von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden sollen. Der Lehrgang wird am 11. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden. Der Lehrgang wird am 11. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Prof. Sigismund v. Schöberl**, der langjährige Professor der Mathematik an der Universität, hat wegen hohen Alters sein Amt niedergelegt. Schöberl hat zu. Schöberl ist sein Nachfolger im Amt.  
**Verkaufsausstellungen** der Gruppe Conditoren der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Die Ausstellung wird am 1. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

## Dresdner Kalender

**Erster. Mitteilung aus dem Bureau der Reg. Polizei.** Der Epistolograph in der Reg. Polizei ist für die Abfertigung der Briefe zuständig. Die Briefe sind am 1. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Verordnung** des Reichsanstalt in Weidberg. Die Verordnung wird am 1. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

## Sport und Körperpflege

**Kaiserliche Akademie der Wissenschaften.** Die Akademie wird am 1. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 1. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 1. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 2. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 2. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 3. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 3. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 4. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 4. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 5. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 5. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 6. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 6. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 7. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 7. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 8. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 8. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 9. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 9. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

**Freiheit, Dresden-N.** 10. Sonntag: Festspielabend. Die Freiheit wird am 10. Juni 1914, nachmittags 8 1/2 Uhr, in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

## Wein Nachbar

Von Karl Schmidt

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.

Der Wein Nachbar ist ein sehr beliebter Wein. Er wird in einem Saal des Kades abgehalten, um von der Reichsanstalt in Weidberg gehalten werden.











Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Wird sich ...

Lesen und Lernen

Elemente der Naturwissenschaft

Von Dr. Gustav Hensen

R. Kithropoben oder Gliederleiere

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Lesen und Lernen

Elemente der Naturwissenschaft

Von Dr. Gustav Hensen

R. Kithropoben oder Gliederleiere

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Lesen und Lernen

Elemente der Naturwissenschaft

Von Dr. Gustav Hensen

R. Kithropoben oder Gliederleiere

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Lesen und Lernen

Elemente der Naturwissenschaft

Von Dr. Gustav Hensen

R. Kithropoben oder Gliederleiere

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...

Der größte ...